

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 70 (2020)

Heft: 1

Buchbesprechung: Rezensionen = Recensions = Recensioni

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rezensionen / Recensions / Recensioni

Stephan Sander-Faes, *Europas habsburgisches Jahrhundert 1450–1550*, Darmstadt: wbg Academic, 2018 (Geschichte kompakt), 160 Seiten, 8 Abbildungen.

In der Reihe *Geschichte kompakt* der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft legt der in Zürich tätige Frühneuzeithistoriker Stephan Sander-Faes einen Band unter dem Titel «Europas habsburgisches Jahrhundert» vor. Die Reihe richtet sich an Lehrende und Lernende verschiedener Stufen, aber auch an historisch Interessierte allgemein, die sich Wissen über einen Sachverhalt oder eine Epoche auf der Grundlage aktueller Forschung in kompakter Form aneignen wollen. Der Band hat denn auch in seiner Struktur ein Stück weit Lehrbuchcharakter mit Leads, Kästen, Tabellen, Zusammenfassungen sowie kapitelweisen Literaturhinweisen. Und er versucht, wie ein Schulbuch, viel Einordnendes und Ergänzendes zur an sich klaren Fragestellung hinzuzufügen. In der kurzen Form, auf 160 Seiten, bleibt so vieles Stückwerk und kann nur angetippt werden, wie zum Beispiel der allgemeine Kontext im zweiten Kapitel. Da wäre weniger manchmal mehr gewesen für die Klarheit des Haupttextes.

Der Autor nimmt die Habsburger-Dynastie beziehungsweise ihre drei prominenten Vertreter Friedrich III., Maximilian I. und Karl V. als Klammer, um damit eine Zeit zu charakterisieren, die auch als Zeitenwende (Entdeckung der Neuen Welt, Reformation, Humanismus) betrachtet werden kann, man könnte sagen, eine «Sattelzeit» *avant la lettre*. Ein origineller, aber durchaus nachvollziehbarer Zugang.

In einem ersten Kapitel skizziert der Autor die Situation des Hauses Österreich vor der Mitte des 15. Jahrhunderts, in der die Dynastie nach über 100 Jahren wieder die Krone des Heiligen Römischen Reichs erlangte und in der Folge auch behaupten konnte. Er diskutiert den imperialen Machtanspruch, den bereits Friedrich III. formulierte, und der über die burgundische und spanische Hochzeit schliesslich auch für Europa und letztlich auch aussereuropäisch für eine gewisse Zeit zum Tragen kam. Ein zweiter Teil nimmt die spezifischen Charakteristika der Epoche in den Fokus wie die geopolitischen Veränderungen (Vordringen der Osmanen, aussereuropäische Expansion), die intellektuellen Umbrüche (Buchdruck, Humanismus) wie auch die konfessionellen Spaltungen.

Das zweite Kapitel schildert die Situation in Europa in der Zeit um 1500, einerseits in allgemeiner Form mit Blick auf Bevölkerung, Wirtschaft, Alltag und soziale Strukturen, andererseits in Bezug auf die politischen Konturen Europas vor Ende des 15. Jahrhunderts, besonders auch zur Stellung der habsburgischen Dynastie in Bezug auf die österreichischen Erblande, die letztlich Ende des Jahrhunderts wieder in einer Hand vereinigt war.

Das dritte Kapitel nimmt die lange Regierungszeit Friedrichs III. in den Blick, die durch zahlreiche Krisen wie die Bedrohung durch die Osmanen und durch Ungarn gekennzeichnet war, die aber auch über die letztlich glückhafte Politik gegenüber Burgund die Grundlage legte für die habsburgische Expansion. Friedrichs Sohn Maximilian wird so zum «Paten» (S. 63) des habsburgischen Jahrhunderts, gelingt ihm doch auf dieser fragilen Basis nach den Burgunderkriegen der Befreiungsschlag sowohl in Flandern, in Tirol wie auch in Österreich. Und mit der spanischen Doppelhochzeit legt er die Grundlage für das kommende Imperium.

Im vierten Kapitel stehen zunächst die italienischen Kriege im Mittelpunkt und damit rückt der später so wichtige Antagonismus zu Frankreich in den Fokus. Der Erfolg Karls V. gegenüber dem französischen König Franz I. macht letztlich den Weg frei zur

Königs- und späteren Kaiserwahl. Mitten in diesen Erfolg platzen quasi der Thesenanschlag Luthers und die Reformation. Die Reformation veränderte sowohl das Kräfteverhältnis im Reich wie auch innerhalb ganz Europas, das erst zum Ende der Regierungszeit Karls V. mit dem Augsburger Religionsfrieden 1555 für einige Jahrzehnte wieder stabilisiert wurde.

Das fünfte Kapitel setzt sich mit der Person von Karl V. auseinander, der für kurze Zeit die gesamte Macht über die Erblande, Burgund, Flandern, Spanien und Italien in einer Hand vereinigte, der aber auch durch die Verträge mit seinem Bruder Ferdinand I. 1521/22 bald wieder die Trennung der spanischen und der österreichischen Linie einleitete. Ferdinand seinerseits legte durch seine Ehe mit Anna von Böhmen und Ungarn die Grundlage für das zentraleuropäische Reich der Habsburger.

Das sechste Kapitel nimmt die Folgen dieser Entwicklungen in den Blick: die lang anhaltende Bedrohung durch die Osmanen, die Verflechtungen der Dynastien von Österreich, Böhmen, Ungarn und Polen sowie den Aufbruch Spaniens (und Portugals) nach Übersee mit der Eroberung und Ausbeutung der Neuen Welt.

Im Fazit des Autors begegnet der Titel des Bandes als Frage wieder: Kann man von einem habsburgischen Jahrhundert sprechen? Der Zugang über die drei Herrscherpersönlichkeiten lässt unweigerlich die Frage auftreten, ob individuelle Handlungen, die dynastisch gesehen zielgerichtet waren, letztlich aber auch zufällig sein konnten und unbeabsichtigte Konsequenzen mit sich brachten, Grundlage sein können für eine historische Entwicklung, die die Nachgeborenen einzuordnen und zu deuten versuchen. In diesem Sinn ist das «habburgische Jahrhundert» eine Zuschreibung, die durchaus erkenntnisfördernd sein kann, mehr aber auch nicht.

Bruno Meier, Baden

Pierre-Olivier Léchot, *Une histoire de la Réforme protestante en Suisse (1520–1565)*, Neuchâtel: Éditions Alphil, 2017 (Focus, vol. 17), 138 S.

Pünktlich auf das grosse Reformationsjubiläum im Jahr 2017 hin ist das vorliegende Bändchen des an der *Faculté de théologie protestante* in Paris lehrenden Schweizer Kirchenhistorikers Pierre-Olivier Léchot erschienen. Darin hat sich der Verfasser einer auf den ersten Blick schier unmöglichen Aufgabe gestellt, nämlich der Darstellung der Schweizer Reformation (wobei zur gegebenen Zeit weder das zugewandte Genf Calvins noch das ebenfalls zugewandte St. Gallen Vadians – um es bei zwei Beispielen bewenden zu lassen – im allerstrengsten Sinn zur Eidgenossenschaft gehörten) auf 138 Seiten in Taschenbuchformat. Der Reihe entsprechend, kommen die Ausführungen mit sehr wenigen Anmerkungen aus, dafür ist jedem Kapitel eine nützliche bibliographische Orientierung beigegeben. Überhaupt hat Léchot beachtliche Arbeit geleistet, und zwar ungeachtet dessen, dass der kleine Band, seiner umfassenden Thematik geschuldet, von Abkürzungen und Vereinfachungen geprägt ist. Im ersten von insgesamt zehn kurzen Kapiteln beschreibt der Verfasser den kirchlichen «Humus», dem die Reformation entwachsen ist. Er ist dabei um Ausgewogenheit bemüht und merklich bestrebt, der spätmittelalterlichen Kirche gerecht zu werden. Ein besonderes Augenmerk gilt dem – Basler – Humanismus, den er als eigentliche «Muttererde» für die Reformation zwinglianischer Prägung sieht: «L'irruption de Zwingli sur la scène religieuse helvétique ne serait pas compréhensible si l'on n'évoquait pas un autre phénomène particulièrement important, l'humanisme, et son foyer de diffusion, la ville de Bâle» (S. 24).

Das Kapitel zwei ist dann ganz Ulrich Zwingli zugeschrieben. In seiner Darstellung betont der Verfasser den Einfluss des Zürcher Stadtrats auf die Dynamik der Reformation: «Zwingli [...] redéfinit le rapport entre les sphères ecclésiastique et politique et confère à l'autorité politique un statut essentiel du point de vue religieux: le Magistrat est le père nourricier de la religion» (S. 35). In Kapitel drei wird das Ausgreifen der Reformation auf die deutsche Schweiz bis zum Ende der 1520er Jahre beschrieben, wobei jeder Ort – der losen Struktur der alten Eidgenossenschaft entsprechend – seine eigene Reformationsgeschichte kannte. Ein grosses Gewicht kam dabei Bern zu, dem neben Zürich mächtigsten eidgenössischen Ort. Der bernische Einfluss kam insbesondere beim Eindringen der Reformation in die nachmalige Westschweiz zum Tragen, dem Kapitel sechs gewidmet ist: Zumindest teilweise gingen die Verbreitung der neuen Lehre und die territoriale Ausweitung der Berner Herrschaft Hand in Hand vonstatten. Was den Zürcher Schauspielplatz betrifft, geht es in Kapitel vier um die Täuferkrise, die unter anderem auch in der Kritik der Täufer am (zu) engen Verhältnis zwischen der Religion zwinglianischer Ausprägung und der obrigkeitlichen Politik wurzelte. Weitere Krisenmomente waren der Bruch Zwinglis mit Luther sowie – weniger in Bezug auf das reformierte Spektrum als auf die Situation zwischen den Konfessionen – die beiden Kappelerkriege, die mit dem Schlachtentod Zwinglis (1531) und dem Zweiten Kappeler Landfrieden endeten, durch den die Ausbreitung der Reformation in die Ostschweiz zurückgebunden wurde (Kapitel fünf).

Die zweite bestimmende Gestalt der eidgenössischen Reformationsgeschichte war zweifellos Jean Calvin. Das ihm zugeschriebene Kapitel sieben trägt nicht umsonst den Titel «Jean Calvin le bâtisseur»: Der Verfasser charakterisiert den gebürtigen Franzosen aus Noyon in der Picardie als «homme de synthèse, de précision doctrinale mais aussi de construction institutionnelle» (S. 79). Selbst wenn die entsprechenden Ausführungen, dem Umfang des Bändchens entsprechend, knapp sind, sind sie doch so umfangreich, dass wir hier nur ein Element aufgreifen, nämlich Calvins Verhältnis zur politischen Herrschaft, das nicht ganz so eng war wie dasjenige Zwinglis. Das Kapitel acht spricht von der «schwierigen Vereinigung» («difficile unification») des schweizerischen Protestantismus bis zu der auf Zwinglis Nachfolger Heinrich Bullinger zurückgehenden *Confessio Helvetica posterior* (1566), «un modèle de clarté, de simplicité et de finesse dogmatique» (S. 103), auf die sich die reformierten Kirchen in der Eidgenossenschaft einigen konnten.

Die beiden letzten Kapitel entfernen sich von der bis dahin vorherrschenden ereignisgeschichtlich chronologischen Darstellungsweise: Kapitel neun spricht verschiedene Themen aus dem weitläufigen Gebiet der «culture religieuse du protestantisme suisse» an, so den Stellenwert der Bibel, die religiöse Bildung, die Figur des Pastors, die Gottesdienste, den Psalmengesang oder das Thema «Familie und Sozialkontrolle». Kapitel zehn thematisiert schliesslich die konfessionelle Koexistenz in der Eidgenossenschaft, die im Ausland – insbesondere in Frankreich zur Zeit der Religionskriege – auf nachvollziehbares Interesse stiess.

Damit beschliesst der Verfasser seine kluge Synthese, die auf einer beschränkten Anzahl Seiten ein komplexes historisches Phänomen knapp, aber dennoch differenziert darzustellen vermag.

Georg Modestin, Solothurn

Petra Hornung Gablinger, **Gefühlsmedien. Das Nürnberger Ehepaar Paumgartner und seine Familienbriefe um 1600**, Zürich: Chronos Verlag, 2018 (Medienwandel – Medienwechsel – Medienwissen, Bd. 39), 276 Seiten, 8 Abbildungen.

Lohnt es sich, einem 400-jährigen ehelichen Briefwechsel, der bereits seit über hundert Jahren ediert vorliegt, eine Monographie zu widmen? Der Historikerin Petra Hornung Gablinger zufolge, die hier ihre Zürcher Doktorarbeit präsentiert, durchaus, sofern der Gegenstand aus neuen Perspektiven betrachtet und die Forschungs- und Editionsgeschichte selbst mit zum Thema gemacht und problematisiert wird. Neu an Hornung Gablingers Arbeit zur Korrespondenz der Nürnberger Kauf- und Eheleute Balthasar Paumgartner und Magdalena Behaim sind sowohl der medien- als auch der emotionsgeschichtliche Zugang. Hatte das Quellenkorpus bis anhin primär als mentalitätsgeschichtliche Fundgrube gedient, ist es Hornung Gablinger nicht bloss um Inhalte, sondern auch um deren mediale Verfasstheit zu tun und darum, wie diese Verfasstheit dazu dient, Gefühle mitzuteilen und bisweilen tatsächlich zu materialisieren. Der Vorarbeiten des Kulturhistorikers und Archivars Georg Steinhause (1866–1933) bedient sie sich dabei nicht – wie es ansonsten in Rückgriffen auf ältere Forschung oft geschieht – als einer zwar obsoleten, aber eben doch praktischen Grundlage, die in vereinzelten Randbemerkungen und Fussnoten kritisiert wird. Vielmehr bringt Hornung Gablinger den Herausgeber Steinhause explizit und am Ende sogar mit einem eigenen Kapitel ins Spiel.

Wie Hornung Gablinger in der Einleitung darlegt, bietet sich das untersuchte Briefkorpus besonders an, unter medien- und emotionsgeschichtlichen Aspekten betrachtet zu werden, da die betreffenden Briefe in der älteren kulturgeschichtlichen Forschung oft als direkter Ausdruck echter Gefühle verstanden wurden – wobei ihre mediale Verfasstheit ebenso wie die historische Bedingtheit von Gefühlen aus dem Blick gerieten. Das eine wie das andere, die Briefe und die Gefühle, müssen in ihrem Kontext und nicht isoliert gesehen werden. Ein Brief war eben nicht einfach ein adressiertes, beschriebenes Stück Papier einer Senderin an einen Empfänger. Vielmehr bedurfte er seinerseits des Mediums des Boten, der überdies den Briefinhalt mittels seines mündlichen Botenberichts modifizieren konnte.

Was die Gefühle betrifft, so hat es sich mittlerweile – im Zuge der *history of emotions* – etabliert, sie ihrerseits zu historisieren und zu kontextualisieren. Hornung Gablingers Plädoyer, Gefühle als eingebettet in *emotional communities* (nach Barbara H. Rosenwein) zu verstehen, ist überdies für Briefe im späten 16. Jahrhundert besonders sinnvoll, weil auch und gerade die oft als Liebesbriefe apostrophierten Ehebriefe nicht als intimgeheim, sondern als familiär-öffentlicht begriffen und entsprechend von mehreren Personen gelesen wurden.

Im ersten, mediengeschichtlich ausgerichteten Teil analysiert Hornung Gablinger unter Bezugnahme auf die Korrespondenz der Eheleute und ihres erweiterten Umfeldes die Funktionsweise von Briefen im aufstrebenden, sich aristokratisch gebenden Kaufmannsmilieu Nürnbergs. Nicht selten behandelten Briefe das Briefeschreiben selbst und erörterten, oft Topoi bemühend, die Umstände des Schreibens: Ein aufbrechender Bote drängte zur raschen Niederschrift und erzwang Kürze, konnte aber andererseits auch Anlass sein, just jetzt noch ein paar Zeilen zu verfassen. Überhaupt galt es, ständig in Kontakt zu bleiben und daher ständig zu schreiben. Das Briefeschreiben war (idealerweise) stetiger, somatischer Ausdruck der Lebendigkeit und der Erfahrung. Entsprechend wurde der Eingang von Briefen geradezu buchhalterisch zur Kenntnis genommen. Durch

Archivierungs- und Aufbewahrungspraktiken verwandelte sich dann allerdings der stetige, durch Absenz bedingte Schreibfluss zum bleibenden, präsenten Monumert.

Im zweiten Teil untersucht Hornung Gablinger den Brief als Medium, über das sich Beziehungen artikulieren lassen und das diese auch manifest werden lässt. Als Medium der Distanz und der Nähe zugleich war der Brief geeignet, Umbrüche im familiären Gefüge, insbesondere Eheanbahnungen und Familienkonflikte, zu verhandeln. Ebenso erlaubte es der Brief in seiner Doppelfunktion als ökonomisches und moralisches Instrument, in den Antinomien der Kaufmannsstadt zwischen Ehre und Bescheidenheit sowie zwischen Grosszügigkeit und Sparsamkeit zu navigieren.

Im dritten Teil behandelt Hornung Gablinger die Briefe als Gefühlsmedien im engeren Sinne. Vereinfachend liesse sich sagen, dass für die Eheleute Gefühle zwar nicht zu beschreiben, wohl aber «machbar» waren – und zwar durch das Schreiben selbst. In erster Linie geschah dies durch die Hand, die als federführendes Werkzeug Gefühle mitteilte – ein Sachverhalt, auf den häufig im geschriebenen Text selbst verwiesen wurde. Eindeutig als Metapher – aber eben auch als eine körperliche – diente das Herz dazu, Gefühle mitzuteilen: Als Subjekt sui generis konnte es in den Briefen Liebe oder Trauer empfinden. Das Ableben von Familienangehörigen konnte paradoixerweise gerade über den Topos der Sprachlosigkeit die Artikulation von Gefühlen ermöglichen. Die Buchführung über erhaltene Geschenke (und zuweilen die Beigabe von solchen) in Briefen (insbesondere von solchen mit einem körperlichen Bezug wie Kleider, Esswaren und Haarlocken) wiederum konstituierte nicht nur Beziehungen, sondern ist auch als Analogie zu den Briefen selbst zu sehen, vermittelten diese doch ebenfalls zwischen Körper und Gegenstand sowie zwischen Schreiberin und Leser. «Das Ding Brief» beschreibt also Beziehungen nicht bloss, sondern macht sie manifest (S. 203).

So luzide sich Hornung Gablinger auch hier liest, so sehr hätte man sich doch in diesem Kernkapitel des Buches eine gründlichere Diskussion der tatsächlichen Materialität der konkreten Briefe gewünscht. Finden sich etwa Tränen – ein anderer rhetorischer Gefühlsträger – nicht nur erwähnt, sondern auch als physiologische Spur in den Briefen? Woran lässt sich festmachen, dass «der Brief mit der Nachricht vom Tode des kleinen Balthasar [...] aufgrund seiner Tragik aus dem Meer der anderen Briefe» herausragt (S. 169)?

Im vierten und letzten Teil behandelt Hornung Gablinger, auf Vorarbeiten von Lars Deile und Jakob Tanner aufbauend, den Zugang des Herausgebers Georg Steinhäusen zu dem Briefkorpus. Differenzierend macht sie dabei sowohl innovative, die Gefühle historisierende wie auch ahistorische Momente aus, die sich aus Steinhausens eigener Biographie und Stellung innerhalb der Historikerzunft, aus seinem bald affirmativen, bald ablehnenden Verhältnis zur Moderne sowie aus seinem zwiespältigen Verständnis des 16. Jahrhunderts als Epoche der Gefühlskälte und der Natürlichkeit erklären lassen. Allenfalls anzumerken wäre hier, dass Hornung Gablingers Begriff des «Romantisierens» (mit dem sie Steinhausens Blick auf die Korrespondenz benennt) seinerseits ahistorisch ist und einer Definition bedürfte. Problematischer noch scheint, dass Hornung Gablinger nirgends auf die bedeutendste Kontinuität eingeht, in der ihre Arbeit zu Steinhausen steht, nämlich auf die Behandlung desselben Briefkorpus. Hier hätte man gerne mehr gewusst: Wie singulär ist das Paumgartner-Korpus? Gibt es vergleichbare Korrespondenzen? Wie funktionierte die Überlieferung innerhalb der Familie? Wo wurden die Briefe aufbewahrt und wie? Die kurzen Ausführungen am Anfang zur weitgehend unbekannten

Bestandsgeschichte (S. 43) lesen sich nicht wie das Resultat eingehender Nachforschungen.

Mit ihrer Studie legt Hornung Gablinger eine solide und weitgehend überzeugende Arbeit vor. Man kann einwenden, dass eine grössere Sensibilität gegenüber literarischen Traditionen und Topoi wünschenswert gewesen wäre, prägten diese die Gefühle und ihre Mitteilung doch mindestens ebenso sehr wie mediale Umstände. Manche der von Hornung Gablinger beschriebenen medialen Kontexte (etwa der erwähnte, im Aufbruch begriffene Bote) sind ja selbst literarische Topoi. Auch bleibt es fraglich, ob Hornung Gablingers Arbeit – bei aller kritischen Distanznahme – insgesamt und materiell nicht doch zu sehr von Steinhausens Vorarbeiten abhängt. Insgesamt jedoch gilt es, eine gut und verständlich geschriebene Arbeit anzusehen, der die systematische Berücksichtigung und explizite Diskussion der Rezeptionsgeschichte gewissermassen eine dreidimensionale Qualität verleiht, die das Schreiben und Fühlen im Nürnberger Kaufmannsmilieu veranschaulicht und greifbar macht.

Sundar Henny, Bern

Corinne Walker, **Une histoire du luxe à Genève. Richesse et art de vivre aux XVII^e et XVIII^e siècles**, Genève: La Baconnière, 2018, 263 pages, 81 illustrations.

L'histoire du luxe à Genève est abordée ici sous de nombreuses facettes qui reflètent à la fois les intérêts multiples de l'autrice et son parcours. L'intitulé du livre, avec son sous-titre, pourrait laisser croire qu'il concerne essentiellement la manière dont la richesse s'exprime dans l'art de vivre cultivé par les élites genevoises durant la dernière période de l'Ancien Régime. Mais, la question des modalités de consommation que la richesse rend possibles, l'autrice l'a d'abord étudiée sous l'angle de la répression des excès auxquels peut conduire le goût du luxe. Si le titre offre une cohérence d'ensemble aux chapitres qui composent le livre, celui-ci est en réalité constitué d'un ensemble de textes rédigés sur plus de vingt ans, entre 1987 et 2009. Au long de ces années, l'attention de l'autrice s'est progressivement détournée d'une histoire du contrôle social des dépenses luxueuses pour se porter vers les usages de la richesse et, plus spécifiquement, l'histoire des biens matériels par lesquels passe l'affirmation de la distinction sociale. Embrassant cette large palette de thématiques, l'ouvrage offre une histoire sociale et culturelle du luxe à Genève, au plein sens de l'expression: c'est à la fois une histoire de l'encadrement institutionnel, étatique avant tout, et dans une moindre mesure ecclésiastique, des habitudes de consommation, une histoire des milieux sociaux, familles et individualités qui font de l'acquisition de certains biens une modalité de l'expression de leur dignité et de leur rang et une histoire du goût et de l'art de vivre par lesquels la possession des signes matériels de distinction se transcende dans des valeurs et des moeurs particulières.

La table des matières structure en plusieurs thématiques cet ensemble de points de vue. Une première partie aborde, sous le titre général «Modérer les dépenses», le versant répressif du rapport au luxe. Les quatre chapitres qui la composent alternent les perspectives à ce sujet. Le premier periodise et analyse le corpus des lois somptuaires promulguées à Genève entre 1560 et 1785. Le troisième examine le travail de la Chambre de la Réformation, instituée en 1646 afin de mettre en application la réglementation somptuaire. En regard de ces deux chapitres qui considèrent la problématique à partir d'un angle avant tout institutionnel, les deux autres proposent plutôt des études de cas. Le deuxième étudie l'appropriation individuelle des valeurs morales, mais aussi politiques, que recèle la codification somptuaire, en s'intéressant aux écrits demeurés inédits d'un

tailleur qui a appelé à une application rigoureuse des lois somptuaires, avant de traduire cette revendication en termes politiques en participant à la contestation menée par Pierre Fatio en 1707. Le quatrième éclaire la dynamique de la répression en matière de mode, en mettant en évidence l'impuissance des instances étatiques devant la diffusion d'un accessoire tel que la dentelle. Intitulée «Être riche à Genève au XVIII^e siècle», la deuxième partie fait davantage place à une histoire sociale des élites de la cité et de leurs pratiques de distinction. Ici aussi, deux chapitres adoptent un point de vue plus général, tandis que les deux autres se penchent sur des situations particulières. Les deux premiers mobilisent les inventaires après décès pour montrer comment différents membres des élites négocient entre deux impératifs, celui d'une simplicité et d'une modestie qu'enseignent à la fois la doctrine réformée et l'idéologie républicaine, et celui qu'impose l'obligation d'afficher ostensiblement son rang. Les deux derniers se penchent sur deux figures individuelles: avec Horace-Bénédict de Saussure, c'est l'édification de demeures somptueuses – en ville, mais aussi à la campagne – et le goût architectural comme signes de distinction qui sont analysés; avec Voltaire, c'est la richesse, comme garant de la liberté du philosophe, et le raffinement dans l'art de vivre, décliné dans un ensemble de pratiques très diverses (architecture, disposition des pièces et décors intérieurs, soins donnés au jardin, art de la table et goût culinaire, conversation, théâtre, etc.), comme illustration des progrès de la civilisation, qui font l'objet de l'analyse. Comme pour souligner le parcours historiographique de l'auteur d'une histoire plus sociale à une histoire plus culturelle – qui continue cependant à prendre en compte des dynamiques sociales – la dernière partie, intitulée «Un certain goût pour les arts», s'intéresse à des formes artistiques spécifiques: le premier chapitre est consacré au portrait de famille, à la lumière de l'impressionnante collection d'images représentant des membres de la famille Pictet; le second propose un large panorama des pratiques du dessin, de la peinture, de la danse, du théâtre et de la musique à Genève aux XVII^e et XVIII^e siècles, un objet dont l'auteur a développé certains aspects dans un ouvrage précédent.¹

Abordant un ample éventail de thématiques, l'ouvrage intéressera aussi bien les historiens du contrôle social, de la mode et de l'art, que ceux qui placent leurs travaux dans la perspective d'une histoire attentive à la dimension matérielle de la culture. On peut regretter que la bibliographie des textes les plus anciens n'ait pas été mise à jour – ils ne tiennent par exemple pas compte des travaux d'Ulinka Rublack et de Graeme Murdock sur l'histoire vestimentaire à l'Époque moderne – et qu'une vision globale de la question du luxe à Genève n'ait pas été proposée en conclusion, alors même que l'auteur est l'une des historiennes les mieux armées pour la concevoir. L'une des valeurs ajoutées de l'ouvrage, outre le fait de réunir un ensemble de contributions jusqu'à présent dispersées, réside en revanche dans l'impressionnant corpus d'illustrations dont il est agrémenté: ces dernières ne procurent pas seulement un plaisir de lecture; elles donnent vraiment chair à l'analyse de la matérialité de la culture. Si le livre fournit ainsi à l'histoire générale du luxe toute la richesse d'informations qu'à offrir un cas aussi particulier que celui de Genève, il remet aussi en cause un des aspects typiques du mythe attaché à la «Rome protestante»: il démontre en effet que la cité calviniste n'est pas restée longtemps enfermée dans le carcan d'une extrême rigueur religieuse et morale excluant toute autre forme de vie artistique que

¹ Corinne Walker, Musiciens et amateurs. Le goût et les pratiques de la musique à Genève aux XVII^e et XVIII^e siècles, Genève 2017.

le chant des psaumes au temple. Il contribue par là à une historiographie qui parvient aujourd’hui à réexaminer nombre de stéréotypes dont souffre l’histoire genevoise.

Christian Grosse, Lausanne

Marco Cicchini, Vincent Denis (dir.), avec la collaboration de Michel Porret et Vincent Milliot, *Le Nœud gordien. Police et justice: des Lumières à l’État libéral (1750–1850)*, Chêne-Bourg: Georg éditeur, 2017 (L’équinoxe: collection de sciences humaines, vol. 14), 368 pages, illustrations.

Ce nouveau volume de la collection dirigée par Michel Porret présente des travaux qui se situent au croisement des recherches menées par l’équipe Damoclès (Université de Genève) et de celles conduites sous l’égide du programme Syspoe (Systèmes policiers européens, XVIII^e-XIX^e siècles) qui a été mené en France entre 2012 et 2016. Les textes réunis dans ce livre proviennent dans leur grande majorité du colloque éponyme organisé à l’Université de Genève, en 2014, avec le soutien de l’International Association for the History of Crime and Criminal Justice (IAHCCJ). Toutefois, une bonne moitié des présentations faites alors a été retranchée de l’édition présentée ici, des contributions ont été fusionnées et le tout augmenté notamment d’une introduction et d’une postface *ad hoc*. Les articles retenus ont été répartis en trois parties canoniques – Normes, concepts et principes; acteurs et institutions; pratiques – dont les contributions concernent essentiellement les contextes français, anglais, italien et espagnol. Dès lors, ce sont véritablement les textes d’introduction et de conclusion, nés sous les plumes de Marco Cicchini et de Philippe Robert, qui donnent à l’entreprise collective présentée ici toute sa cohérence et son surplus d’âme.

L’ouvrage se propose d’interroger les soubassements théoriques, pratiques et institutionnels des relations entre police et justice, institutions fondamentales de l’État de droit, dans un cadre chronologique volontairement limité, du temps des Lumières à l’avènement de l’État libéral, soit la période 1750–1850, qu’on devine charnière. Pour filer la métaphore, c’est un nœud gordien imparfaitement dénoué ou pas totalement défait et en éternelle recomposition que Marco Cicchini analyse dans le détail, dans une temporalité large, bien que le cœur de sa réflexion porte essentiellement sur les années 1750 à 1820–1830. Il démontre ainsi que le grand partage institutionnel consacré par la Révolution française, distinguant clairement la police de la justice, n’est toujours pas totalement achevé tant les deux institutions sont irrémédiablement liées par leur nature, l’action de la première précédent théoriquement toujours celle de la dernière. La pratique, elle, s’avère plus complexe, tant du point de vue des relations et des interactions que ces deux autorités entretiennent que de leur organisation interne, mouvante jusqu’à aujourd’hui, ne serait-ce que par la multiplication des corps de police eux-mêmes. De fait, les sphères judiciaires et policières ne cessent de se redéfinir, de se remodeler et de se repenser au fil des époques et des nouveaux défis, ce que les directeurs de ce volume rappellent fort à propos. Dans la foulée, le corpus exemplifie ce que l’introduction synthétise, soit l’histoire de la judiciarisation de nos sociétés occidentales, de l’affirmation du droit et de sa codification à sa mise en pratique et en scène, jusqu’à l’émergence du concept de police et à la séparation institutionnelle l’une de l’autre, émancipation progressive dont les prémisses se situent déjà avant la période charnière étudiée, comme cela est rappelé notamment pour le cas de la police. Sous une plume agréable à lire, le lien est fait avec la formation et l’affirmation de l’État souverain, un État de droit, tandis que les modalités diverses et variées de ces cheminements, tout comme certaines résistances au changement, sont éclairées au travers

des articles sélectionnés dont les apports les plus significatifs sont intégrés à la démonstration introductive.

Étant donné la qualité du propos, toujours présenté pièces à l'appui, et au-delà des querelles de chapelle, on regrettera peut-être l'absence de l'un ou l'autre chercheur spécialiste de la gendarmerie – Clive Emsley mis à part –, un chantier de recherche qui s'est révélé particulièrement fécond au cours de ces dernières années et dont les travaux auraient peut-être permis d'éclairer certains aspects d'une lumière différente ou du moins de les questionner. On pense notamment à l'institutionnalisation de la police judiciaire, à son exercice et à sa délégation à différents corps de l'État, construction qui a été très lente à se mettre en place dans certains systèmes policiers, helvétique et belge par exemple, pour n'aboutir qu'à la fin du XIX^e siècle, voire au début du XX^e siècle. Mais cet aspect de la question dépassait évidemment largement le cadre du colloque, qu'il fallait bien délimiter.

Pensé et voulu aussi comme un outil de réflexion permettant d'interroger la période actuelle, ce n'est pas le moindre des mérites de cet ouvrage que de rappeler que cette séparation des pouvoirs, qui a mis tant de temps à se mettre en place, fût-ce imparfaitement, est aujourd'hui mise à mal par les réponses – politiciennes – données au terrorisme, et pas uniquement en France. Comme le montre très bien le contrepoint du sociologue Philippe Robert, la menace terroriste affaiblit aujourd'hui grandement la séparation des pouvoirs, encore consubstantielle de nos démocraties. En effet, l'instauration de mesures d'exception, dans le sillage de l'état d'urgence, puis la pérennisation dans le droit commun de certaines d'entre elles, nuit gravement à la démocratie, tandis que d'autres dispositions permettent l'extension outre mesure de certains pouvoirs policiers, au détriment de la justice ou de son exercice. À l'image du coup d'épée que le conquérant macédonien a jadis asséné au noeud gordien, le terrorisme et les mesures qu'il engendre mettent à mal un équilibre institutionnel déjà fragile, voire tenu, que l'homme avait pourtant mis des siècles à forger.

Philippe Hebeisen, Neuchâtel / Paris

Stefan Haas, Michael C. Schneider, Nicolas Bilo (Hg.), Die Zählung der Welt. Kulturge- schichte der Statistik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2019 (Studien zur Alltags- und Kulturgeschichte, Bd. 32), 261 Seiten, 25 Abbildungen.

Seit Ende November 2019 kann das Bundesamt für Statistik (BfS) der historisch interessierten Öffentlichkeit eine neue Dienstleistung anbieten: Es veröffentlicht die Daten der Volkszählungen in der Schweiz von 1850 bis 2015 auf seiner Webseite in einer einheitlichen Tabelle und, unter Berücksichtigung verschiedener Kategorien (Konfession, ausländische Wohnbevölkerung usw.), auch mittels Visualisierungen auf interaktiven Karten (<https://www.census1850.bfs.admin.ch/de/>). Dieser Präsentation der Daten ging eine sorgfältige Aufbereitung voraus (zum Beispiel mussten die Veränderungen der Gemeindegrenzen berücksichtigt werden). Derartige Quantifizierungen und statistische Erhebungen bieten der Geschichtsforschung ihre notwendige Datenbasis. Dabei darf aber nie vergessen werden, dass Statistiken immer auch Wirklichkeit konstruieren: Bereits die Wahrnehmung von Problemen und die Bildung von Kategorien tragen ihrerseits zur Konstruktion von Realität bei.

In der «Kulturgeschichte der Statistik» von Nicolas Bilo, Stefan Haas und Michael C. Schneider geht es in erster Linie um diesen zentralen Aspekt, aber auch um die kulturelle Praxis und die öffentlichen Aushandlungsprozesse, die der Genese von statistischen

Gesellschaften und Büros vorangingen. Der Band enthält elf Beiträge, die an einer Tagung im September 2015 an der Universität Göttingen präsentiert wurden. Obwohl das Buch im Untertitel eine Kulturgeschichte vom 18. bis 20. Jahrhundert verspricht, behandelt es vor allem den Zeitraum von ca. 1850 bis 1960. Das 18. Jahrhundert und die frühe deutsche Universitätsstatistik, damals noch in der Lehre zur «Staatsbeschreibung oder Staatenkunde» subsumiert, von der sich der Begriff «Statistik» ableitet, werden nur marginal erwähnt. Erfreulicherweise nimmt der Tagungsband aber nicht nur Europa in den Blick (6 Beiträge), sondern auch China (2), die Türkei (1) und die internationalen Bemühungen um vergleichbare statistische (Wirtschafts-)Daten (2).

Statistiken entstehen in unterschiedlichen Zusammenhängen, oft verbunden mit dem Zweck, rationale Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Den Einfluss von statistischen Erhebungen auf die Verwaltungspraxis zeigen die Beiträge von Franziska Hupfer über die meteorologischen Statistiken, die sich zum Beispiel bei den wasserbaulichen Massnahmen in der Schweiz auswirkten, und von Christa Kamleithner, die darlegt, wie Statistiken der Hygienebewegung und der Sozialtopografie die Planung im Städtebau in Berlin beeinflussten. Axel C. Hüntelmann befasst sich mit dem Einfluss von Medizinalstatistiken auf die Gesundheitspolitik. Die Einrichtung einer staatlichen Medizinalstatistik im Deutschen Kaiserreich eignet sich ausgezeichnet um aufzuzeigen, wie die Statistik als Herrschaftsinstrument (im Sinne Foucaults) funktionieren sollte. Anfänglich kämpften die Initianten allerdings mit uneinheitlichen Begriffen und Kategorien und einem fast enzyklopädisch anmutenden Anspruch an die Erfassung sehr heterogener Daten aus unterschiedlichen Quellen. Erst die Reduktion auf die Erfassung bereits vorhandener Daten und auf die Mortalitätsstatistik und Morbiditätsstatistik ermöglichte die erfolgreiche Etablierung einer reichsweiten und entsprechend interpretierbaren Medizinalstatistik. Diese wiederum war von unmittelbarem Nutzen für die Reichsbehörden, indem sie durch ihre wissenschaftlichen Aussagen gewisse Massnahmen legitimierten (beispielsweise die umstrittene Pockenschutzimpfung).

Wie vorsichtig aber mit der Interpretation von statistischen Erhebungen umgegangen werden muss, zeigt der Beitrag von Lukas Boser und Michèle Hofmann. Mit der Durchsetzung des obligatorischen Schulbesuchs wurde die Schule im Rahmen der Hygienebewegung als wissenschaftliches Untersuchungsfeld entdeckt. Die Statistik wurde dabei als Methode angewandt, um die potentiellen Gefahren für die Gesundheit der Schulkinder aufzudecken. Dass es problematisch beziehungsweise nicht statthaft ist, von einer Korrelation auf eine Kausalität zu schliessen, zeigt sich gut am Beispiel der Kurzsichtigkeit, die erst im Schulalter auftritt und deshalb als «Schulkrankheit» deklariert wurde.

Manchmal erfüllen Statistiken die ihnen zugedachte Aufgabe aber auch mehr schlecht als recht, wie Hajo Frölich in seinem Beitrag argumentiert. Mit der Erhebung von Schulstatistiken beabsichtigten die Behörden im chinesischen Kaiserreich die staatliche Zentralisierungspolitik zu stützen. Dies gelang nicht, denn zwar wurden als Kunstgriff Diagramme eingeführt, doch die nachfolgenden Tabellen enthielten Leerstellen, welche die offenkundigen Defizite verdeutlichten. Und obwohl die Zunahme von statistischen Erhebungen im Rahmen der zunehmenden Bürokratisierung als Normalfall erscheinen mag, belegt der Beitrag von Christina Rothen und Thomas Ruoss, dass es je nach politischem Kontext auch zu Redimensionierungen der statistischen Tätigkeit kommen kann. Ihr Beitrag über die Schulstatistiken der Schweizer Kantone Bern und Zürich zeigt zudem, dass Statistiken nicht nur als Herrschaftsinstrument eingesetzt werden, sondern auch der Kontrolle staatlichen Handelns dienen können.

Ein zentrales Objekt und Ausgangspunkt von statistischen Erhebungen überhaupt ist die Demografie. Anhand der Untersuchung der Volkszählung von 1869 im Habsburg-erreich legt Wolfgang Göderle dar, wie die Umsetzung des Zensus dazu beitragen konnte, das Reich neu als modernen Vielvölkerstaat zu positionieren. Die vom Chinesen Liang Qichao 1897 verwendete Zahl «400 Millionen» für die chinesische Gesamtbevölkerung beruhte indes teilweise auf Berechnungen und ausländischen Schätzungen und war offensichtlich ungenau und falsch. Dennoch entwickelte die Zahl eine mächtige Wirkung und wurde sogar 1944 noch zitiert. Andrea Bréard erklärt in ihrem Beitrag dazu eindrücklich, wie «statistisch produzierte Zahlen in Narrative eingebettet sind, die mit historischen Prozessen und kulturellen Translationen in Wechselwirkung stehen» (S. 231). Der letzte Beitrag des Bandes, der sich mit demografischen Statistiken befasst, beleuchtet den Unterschied zwischen einer reinen statistischen Erhebung und einer Umfrage. Am Beispiel des 1965/1966 durchgeföhrten Survey zum Reproduktionsverhalten der türkischen Bevölkerung arbeitet Heinrich Hartmann heraus, wie insbesondere bei Umfragen allein die Fragestellung bereits das Ergebnis einer Datensammlung beeinflussen kann.

Wie schwierig die internationale Vergleichbarkeit von Statistiken zu erreichen ist, geht aus den beiden Beiträgen von Theresa Wobbe und Martin Bemann hervor. In ihrer Untersuchung zu Repräsentationen der Arbeitswelt zeigt Wobbe, wie neue Standardisierungen unumgänglich sind, um Kommensurabilität auf internationaler Ebene zu erlangen. Die Kompilierung und Auswertung nationaler Statistiken reichte deshalb oft nicht mehr aus und so entstanden im Rahmen der Arbeit des Völkerbundes in den 1920er Jahren neu Weltwirtschaftsstatistiken mit einheitlichen Klassifikationsstandards, welche durch die *International Labour Organisation* (ILO) entwickelt wurden. Martin Bemann argumentiert in seinem Artikel zu diesen globalen Statistiken, dass nicht zuletzt die weltwirtschaftlichen Krisen jener Zeit das Interesse an verlässlichen und vergleichbaren Informationen über internationale und globale wirtschaftliche Strukturen zunehmen liessen (S. 217).

Wie bereits erwähnt, entspricht der untersuchte Zeitraum nicht ganz demjenigen, der im Untertitel des Bandes erscheint. Gerade auch aus schweizerischer Sicht kommt das 18. Jahrhundert zu kurz, nicht zuletzt fehlt der Aspekt, dass Demografie damals noch Herrschaftswissen war und die Obrigkeit die Veröffentlichung entsprechender Daten durch statistisch tätige Pfarrherren (Jean-Louis Muret, Johann Heinrich Waser) streng ahndete. Für das 19. und 20. Jahrhundert aber bietet der Tagungsband einen fesselnden und vielseitigen Zugang zur Kulturgeschichte der Statistik. Aspekte wie die Wirkungsmacht der Statistik durch ihre Kategorisierungen, ihr Einfluss auf die Problemwahrnehmungen sowie die Grenzen der Machbarkeit und Vergleichbarkeit bei der Durchführung statistischer Erhebungen werden an den vorgelegten historischen Beispielen eindrücklich verdeutlicht.

Gerrendina Gerber-Visser, Bern

Florian Eitel, **Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz. Mikrohistorische Globalgeschichte zu den Anfängen der anarchistischen Bewegung im 19. Jahrhundert**, Bielefeld: transcript, 2018, 630 pages, 133 illustrations.

Une micro-histoire, celle de deux petites agglomérations du Vallon de la Birse: Saint-Imier et Sonvilier, leur rôle dans l'affirmation et le développement d'un mouvement anarchiste dans l'histoire globale des années 1866 à 1883. Et cela dans un ouvrage de 630 pages! L'aspect du livre frappe: chaque page est généralement divisée longitudinalement

en quatre; les trois premiers quarts sont généralement réservés au texte; la fin de chaque ligne, à droite, n'est pas justifiée, donnant ainsi au texte un aspect insolite; le dernier quart, lui, est réservé aux notes et à de petites illustrations.

Frappé par la présence de portraits dans les papiers qu'il a consultés, l'auteur commet un curieux anachronisme en les présentant comme des «cartes de visite», expression qui revient à plus d'une reprise sous sa plume. Un peu comme les selfies actuels.

Si l'on examine la liste des ouvrages et articles utilisés par l'auteur, l'on ne peut qu'être frappé par leur étendue. Relevons à ce propos que l'index alphabétique des personnes ne retient que les noms des personnages «historiques». On y cherchera en vain le nom d'Erich Gruner, bien qu'il apparaisse à plusieurs reprises dans le livre. De plus, la présentation quelque peu désordonnée des sources aurait gagné à être mieux agencée.

En somme, pris par son sujet, Eitel a choisi trois thèmes qui traversent la seconde partie du XIXe siècle (p. 55). Le premier montre la globalisation du Vallon sous tous ses aspects; le deuxième, centré sur le congrès international de Saint-Imier, en septembre 1872, est un examen de l'anarchisme et de ses représentants; avec le troisième, on revient sur les implications culturelles du mouvement et l'implication des anarchistes aux exigences des temps nouveaux. Une démarche non chronologique donc.

Toute la première partie montre bien l'enthousiasme de l'auteur pour son sujet, même si, comme chez d'autres historiens, l'abondance du mot globalisation et des termes dérivés est quelque peu lassante. Une population essentiellement ouvrière (horlogerie et autres métiers): en 1880, 20 % seulement des habitants travaillent dans l'agriculture. La fabrique Longines, fondée en 1866, donne l'occasion de suivre ses effets sur la vie ouvrière. À la fin de l'ouvrage, un Glossar de l'industrie horlogère n'apportera rien au lecteur de langue française, déjà bien pourvu en la matière, mais sera certainement utile aux germanophones.

On voit que ce qui intéresse surtout Eitel, ce sont les rapports entre la région et le marché mondial. Son enthousiasme pour la pose du premier câble télégraphique transocéanique le montre bien.

Parmi les nouveautés, relevons ce Lucien Pillet, guillocheur et membre de l'Internationale à la section de Carouge (Genève), venu travailler à Saint-Imier, qui, à l'automne 1873, émigre à Boston. Les correspondances qu'il adresse au Bulletin de la Fédération jurassienne mettent en garde contre la concurrence des grandes fabriques. Il y a là l'équivalent des rapports officiels d'après 1876.

À propos de Guillaume, une lettre de celui-ci à Victor Cyrille, publiée en 1968 déjà, a échappé à l'attention de l'auteur. «Il me semble que nos journaux doivent toujours garder dans la forme beaucoup de modération: on se fait ainsi beaucoup mieux lire qu'avec des phrases qui font dresser les cheveux sur la tête au public, et on évite de fournir à la presse bourgeoise de ces citations ébouriffantes qui ne mettent pas les rieurs de notre côté! Fédéralisme exprime la même idée qu'anarchie, et l'exprime beaucoup mieux ».

Plus tard, il écrira: «On nous fait à propos du mot abstention, une vraie chicane d'Allemands. Nous avons eu le tort de nous servir, sans y regarder de très près, de la terminologie de Proudhon, et c'est de là que nous avions tiré ces fameux mots d'abstention et d'an-anarchie [sic]. [...] Il y a fort longtemps que, pour ma part, je demande qu'au lieu de dire abstention, on dise politique du prolétariat, en définissant ainsi cette politique: «Démolition de toutes les institutions politiques actuelles, et leur remplacement par des institutions économiques. Destruction de l'État centralisé, et son remplacement par la

fédération des communes autonomes.» [...] Quant au mot anarchie, je ne l'ai jamais aimé, et j'ai toujours demandé qu'on le remplaçât par fédération des communes autonomes.»

Eitel ne pousse pas assez son analyse et néglige la position originale de Guillaume en 1871 et surtout 1872. Sa stratégie, regrouper toutes les fédérations de l'Internationale sur la question de l'autonomie et de l'indépendance à l'égard du Conseil général, et cela contre les Italiens et même Bakounine, mérirerait une analyse plus approfondie, car finalement, c'est à elle que l'on doit le succès, pour quelques années, de cette Internationale fédéraliste et anti-autoritaire. Relevons ici une petite erreur: la commission du congrès de La Haye avait bien demandé l'expulsion de Schwitzguébel, mais elle a été refusée, seuls Bakounine et Guillaume furent exclus (p. 206, p. 248).

Il y a, à propos des voyages en chemin de fer, de très jolies illustrations montrant la station des Convers, point où s'arrêtait la ligne de Bienne à La Chaux-de-Fonds, avant le percement du tunnel. C'est dans l'auberge des Convers que les membres de l'intimité jurassienne avaient pris l'habitude de se réunir. C'est là qu'en septembre 1874, ils excluent Bakounine de l'intimité après sa comparution, à Neuchâtel, devant une commission. Rappelons ici que l'intimité désignait l'organisation secrète fondée par Guillaume au sein de l'Internationale.

Paul Brousse, en Suisse de 1873 à 1879, véritable rival de Guillaume, a été l'objet d'un ouvrage qui a échappé à Eitel: David Stafford, *From Anarchism to Reformism. A Study of the Political Activities of Paul Brousse within the First International and the French Socialist Movement 1870–90*, London 1971. Son auteur avait consulté les papiers du peintre Gustave Jeanneret, chez son fils. Depuis 2002, ils sont à la Bibliothèque universitaire de Neuchâtel, mais non classés. Le livre de Stafford est d'autant plus important qu'il semble qu'une partie de cette documentation n'est plus en Suisse. Le Rotes Antiquariat, à Berlin, avait mis en vente la bibliothèque d'Arthur Lehning; les papiers de celui-ci étaient aussi en main de cette maison qui aurait renvoyé à Amsterdam tous les documents estampillés par l'Institut international d'histoire sociale. C'est probablement dans le lot restant que se trouvent une partie des papiers du fonds Jeanneret relatifs à l'Internationale.

Le livre de Stafford est d'autant plus important qu'il met en lumière la personnalité de Brousse, ses relations avec la France où il se rend clandestinement jusqu'à Paris, ses activités au sein de la Fédération jurassienne. En 1880, il déclare abandonner l'intimité internationale et l'intimité jurassienne et critique le secrétaire de l'intimité internationale, Kropotkine, qui ne joue pas son rôle. En 1879, alors qu'il a été expulsé de Suisse, paraissent toute une série d'articles dans *Le Révolté*, à Genève, où il s'en prend violemment à l'immigration de patrons juifs venus de la France voisine dans le Jura; il chevauche allègrement la vague d'antisémitisme populaire de ces années, dont il reprend des expressions caractéristiques. Ajoutons à sa décharge que, lors de l'Affaire Dreyfus, il aura une attitude tout opposée. Mais cet antisémitisme passager de Brousse, bien relevé par Stafford, n'est pas mentionné par Eitel.

Sur les voyages en train qui facilitent les rencontres entre anarchistes, Eitel oublie de dire que cela vaut aussi pour leurs adversaires. Ainsi la Fédération romande, opposée aux Jurassiens, qui, en 1872, se rend à Monthey pour y soutenir la section locale, avec cortège et déploiement du drapeau rouge. C'est aussi le cas des voyages de Liebknecht et autres socialistes allemands en Suisse, surtout après la répression de Bismarck. D'ailleurs, l'auteur interprète quelques prises de position du Conseil fédéral comme des craintes de l'anarchisme, alors que ce n'est pas tellement celui-ci qui était en cause, mais la présence

en Suisse de socialistes allemands qui y éditaient, depuis l'automne 1879, leur hebdomadaire, *Der Sozialdemokrat*, introduit clandestinement en Allemagne. Dans sa conception d'un anarchisme global, comme une notion analytique plus que comme un véritable concept historique (p. 18), l'auteur se coupe de toute analyse sérieuse de ce terme.

J'avoue avoir de la peine à comprendre la nécessité de comparer la conception de Rudolf Rocker, dans un texte paru en 1939 aux États-Unis, avec la quatrième résolution du Congrès de Saint-Imier de 1872 (p. 282–296). Rocker, qualifié faussement de «deutsch-jüdischer Anarchist», s'était certes distingué dans l'East End londonien par ses efforts pour organiser les nombreux immigrés juifs, apprenant pour cela le yiddish et se familiarisant avec les usages et les coutumes de ces groupes; mais il n'était nullement juif.

Une question importante demeure. Les ouvriers jurassiens étaient-ils vraiment des anarchistes? Au lieu de se pencher sur la façon dont ils se nommaient, sur les termes employés par eux et leurs contemporains, Eitel le décrète, mais sans jamais dire quand ils le sont réellement. Les pages consacrées à la Fédération ouvrière du Vallon, fondée en 1872, sont caractéristiques; elle refuse d'adhérer à l'Association Internationale des Travailleurs (AIT) jusqu'en 1876 et, même après, ses membres s'inquiètent des dépenses en faveur de la propagande pour les idées de l'Internationale. Le syndicat des graveurs et guillocheurs élaboré des dispositions dont plusieurs ne sont guère en accord avec l'anarchisme (p. 440). Il en va de même pour la Société des monteurs de boîtes argent: refus de soutenir la grève de leurs collègues à La Chaux-de-Fonds (1874); refus de l'adhésion à l'Internationale; plaintes contre l'organisation par celle-ci de conférences. C'est malheureusement le seul syndicat dont on possède un registre de procès-verbaux des séances. Or, si l'on consulte l'ouvrage du cinquantenaire de l'Union syndicale suisse (USS) et la contribution d'Achille Grosipierre, l'on voit qu'il disposait d'autres documents. J'avais, il y a bien des années, questionné le responsable des archives de la Fédération suisse des ouvriers sur métaux et horlogers (FOMH) qui m'avait dit qu'il y avait eu des disparitions dues à un incendie. Eitel se fait une construction mythique de l'anarchisme, tant chez les ouvriers que dans son interprétation d'un mouvement global, transcendant dates et circonstances. Cela dit, il faut reconnaître l'intérêt de beaucoup de ces pages.

Marc Vuilleumier, Genève

Tobias Scheidegger, «Petite Science». Ausseruniversitäre Naturforschung in der Schweiz um 1900, Göttingen: Wallstein Verlag, 2017, 707 Seiten, 147 Abbildungen.

Tobias Scheideggers Arbeit *Petite Science* hat die ausseruniversitäre Naturforschung um 1900 zum Thema, ein bislang in der Schweiz historiografisch kaum bearbeitetes Feld. Im Zentrum dieser thematisch strukturierten Arbeit stehen fünf Naturforscher: Christian Brügger, Heinrich Wegelin, Franz Leuthardt, Hans Bachmann, Issak und Adolf Bloch. In ihren jeweiligen kleinstädtischen Milieus – in Chur, Frauenfeld, Liestal, Luzern und Solothurn – waren die Akteure als Kantonsschullehrer, Museumskuratoren und Sektionspräsidenten der jeweiligen kantonalen Naturforschenden Gesellschaften verwurzelt, etablierten unterschiedlichste Beziehungen zu Kollegen, Professoren, Amateuren der Naturforschung, Laien und Gewährspersonen. Scheidegger schätzt diese Form ausseruniversitärer Wissensproduktion als «eigenen Modus naturgeschichtlicher Wissenschaftsforschung» ein, die «in epistemischer wie sozialer Hinsicht eine bedingt autonome Sphäre ausbildete» (S. 33). Innerhalb des Spektrums der Naturforscher handelt es sich bei diesen Akteuren, wie Scheidegger hervorhebt, um einen spezifischen, dem Lokalen verpflichteten

Typus, im Gegensatz beispielsweise zu Sammlern aus dem städtischen Grossbürgertum, etwa in Basel.

In sieben Kapiteln analysiert der Autor die vielfältigen Praktiken, wie pflanzliche und tierische Objekte präpariert, konserviert, präsentiert wurden und untersucht die Techniken der Inventarisierung, unter welchen Liste und Katalog die gebräuchlichsten Wissensformate darstellten. Auf welche Weise die Zirkulation von Objekten, der Tausch und das Geschenk von Sammlungsgegenständen zwischen den Protagonisten Netzwerke konstituierte und Beziehungen etablierte, wird in einem separaten Kapitel ausgeführt. Detailliert werden die Praktiken des Tauschs und der Gabe von Artefakten, die damit einhergehenden Semantiken wechselseitiger Ehrbezeugung, die Codes der Widmungen, Erwähnungen und Danksagungen untersucht. Die exemplarische Rekonstruktion eines Streits um nomenklatorische Grundsätze zeigt, wie viel für die Akteure auf dem Spiel stand. Umfassend werden die lokalen institutionellen Räume beleuchtet, von welchen aus die Naturforscher agierten: Museum, Verein, Gymnasium. Landschaft wird in einer doppelten Funktion analysiert: einerseits als Erkenntnisraum, Materialreservoir gewissermassen, andererseits auch als Raum für Erlebnis und Geselligkeit sowie als Exkursionsdestination. Scheidegger setzt damit die Praxis der Naturforschung auch in Bezug zu einem aufkommenden Naturschutzgedanken wie auch zur verstärkten Wahrnehmung der Landschaft als touristischem Raum. Das abschliessende Kapitel widmet sich der ausseruniversitären Naturforschung in ihren häuslichen Dimensionen («Heimwissenschaft») sowie als sogenannter «Heimatmaschine».

Die Analyse dieser spezifischen ausseruniversitären Forschungspraxis gerade in ihrem Verhältnis zur universitären bildet eine zentrale Perspektive dieser Arbeit, die diesbezüglichen Bestimmungen bleiben aber bisweilen etwas stereotyp. Obschon sich Scheidegger einleitend gegen ein inzwischen in der Wissenschaftsgeschichte vielfach kritisches Fortschrittsnarrativ verwahrt – von der klassifizierenden Sammlungs- zur experimentierenden Laborwissenschaft –, kehrt dieses doch in seinen Ausführungen als interpretative Folie wieder.² So wird die Praxis des Sammelns und Bestimmens als «naturgeschichtliche Forschungspraxis ziemlich klassischer Ausprägung» (S. 33) und tendenziell als «konservativ» rubriziert. Zudem hätten sich die Protagonisten kaum auf ein «theoretisches Parkett» (S. 196) gewagt (was auch immer damit gemeint sein mag) und gesamthaft sei ihre wissenschaftliche Bilanz als «bescheiden» (S. 622) einzustufen. Um diese wohl nicht grundsätzlich abwegigen Charakteristiken zu plausibilisieren, müsste der Autor aber doch zeigen, wie im Gegensatz dazu der akademischen Forschung theoretische Modelle und Forschungsagenden zugrunde lagen und diese substantiellere Leistungsbilanzen aufwiesen. Zu fragen wäre darüber hinaus auch, ob die universitären Protagonisten mit ihren vielfältigen Kontakten zu Akteuren der *Petite Science*, wie etwa dem Zürcher Professor für systematische Botanik, Pflanzengeografie und Pflanzengeschichte Hans Schinz, in ihren akademischen Kontexten ebenfalls als tendenziell rückwärts gewandt galten. Mehr würde man gerne über die Abgrenzungen zwischen universitärer und ausseruniversitärer Sphäre erfahren. Spuren für weiterführende Interpretationen bietet die Arbeit einige, etwa das Erscheinen der *Flora der Schweiz* von Hans Schinz und Robert Keller zur Jahrhundert-

² Wie Pickstone ausführt: «Analysis (or classification more generally), is to easily dismissed as timeless or preliminary to real knowledge – in part because classification is associated with natural history and other activities which historians of science [...] have seen as old-fashioned or marginal.» John Pickstone, Museological Science? The Place of the Analytical/Comparative in Nineteenth-Century Science, Technology and Medicine, in: History of Science 32/2 (1994), S. 111–138, hier S. 133.

wende: Intention der Autoren war es, die *Excursionsflora für die Schweiz* (1867) des Thurgauer Amateurbotantikers August Greml «zu ersetzen und von der Bildfläche verschwinden zu lassen» – eines der zahllosen wunderbaren Quellenfundstücke des Autors (S. 321).

Stärke und Qualität dieser Studie zu ausseruniversitärer Naturforschung liegt in ihrem geradezu panoramischen Charakter. Kehrseite dieser Darstellung ist jedoch, dass transformative Prozesse weitgehend ausgeblendet bleiben. Präziseres wünscht man über die Umfassungen dieses «epistemologischen Raumes» (Michel Foucault) ausseruniversitärer Naturforschung zu erfahren, der sich durch spezifische Praktiken und Organisationsformen des Wissens charakterisierte. Wann, auf welche Weise etwa endete dieser Typus? Interessant wären diese Fragen gerade auch im Kontext anderer vereinsmässig organisierter Formen der Wissensproduktion.

Bisweilen verselbständigen sich die Interpretationen und gleiten dabei allzu sehr ins Allgemeine ab. Gerade im Begriff «Heimat» scheint ein erhebliches Reizpotential zu liegen (S. 566–568). Im Falle von Franz Leuthardts Liestaler Wohnstätte, einem «Heimatstil-Haus» mit umliegendem Garten, ortet Scheidegger zusammenfassend «mehr als ein[en] Architekturstil oder eine Wohnform», vielmehr «einen Vorposten jener konservativen Reformbewegungen, die unter Anrufung von Natur und Heimat an Alternativmodellen zur liberalen Moderne bastelten» (S. 628). Konkrete Belege für diese freischwebenden Schlüsse fehlen allerdings. Das sogenannte Heimatstil-Haus war wohl zunächst einfach die verbreitetste Bauweise in ländlichen Gegenden für ein zu Wohlstand gekommenes Bürgertum. Angezeigt wäre es, «Heimat» zunächst schlicht als Metonymie des Lokalen zu fassen. Erst anschliessend wären die Schichten des Ideologischen sorgfältiger und spezifischer herauszuarbeiten. Die sogenannte «Heimatmaschine» (S. 57), an welcher die «petite science» mitgewirkt habe, manifestiert sich dann zuweilen eher als hochtourig rotierende, historische Interpretationsmaschine.

Ähnliches gilt für die Ausführungen zum Studierzimmer des Provinzgelehrten Leuthardt (S. 528–566). Die fotografisch überlieferte Klause des Lehrers und Naturforschers mit Schreibtisch, Vitrinen, Schubladenkorpus, geometrischen Zeichenwerkzeugen und meteorologischen Messgeräten wird als «quasimuseale Inszenierung» und «gezielte wissenschaftliche Selbstdarstellung» gedeutet (S. 540). Zudem korrespondiere die Enge des Studierzimmers mit dem kleinräumigen Forschungshorizont des Akteurs. So bestechend diese Deutungen aufs Erste auch sein mögen, so sehr erkennen sie, in welchem Masse etwa ein solcher Einrichtungsstil einem allgemeinen bürgerlichen Modegeschmack im ausgehenden 19. Jahrhundert entsprach, der schliesslich auch in Liestal Einzug gehalten hatte. So weist Walter Benjamin in seinem Fragment gebliebenen *Passagen-Werk* auf den damaligen «Fortifikationscharakter»³ von Interieurs hin und führt aus: «Das 19. Jahrhundert war wie kein anderes wohnsüchtig. Es begriff die Wohnung als Futteral des Menschen undbettete ihn mit all seinem Zubehör so tief in sie ein, dass man ans Innere eines Zirkelkastens denken könnte, wo das Instrument mit allen Ersatzteilen in tiefe, meistens violette Sammethöhlen gebettet, daliegt.»⁴ Wiederum wäre also hier genauer zwischen Allgemeinem und Besonderem zu differenzieren.

Gesamthaft liegt mit Tobias Scheideggers *Petite Science* eine beeindruckende, überaus materialreiche Arbeit vor. Sie zeigt einmal mehr, wie ergiebig eine Wissenschaftsge-

³ Walter Benjamin, *Das Passagen-Werk*, Frankfurt a.M. 2009, S. 284.

⁴ Ebd., S. 292.

schichte ist, die den schmalen Höhenkamm exklusiver akademischer Wissensproduktion verlässt.

Daniel Kauz, Gurtnellen

Linda Ratschiller, Karolin Wetjen (Hg.), **Verflochtene Mission. Perspektiven auf eine neue Missionsgeschichte**, Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag, 2018, 248 Seiten, 9 Abbildungen.

Aus Vorträgen, die an der Tagung *New Approaches to Mission History/Neue Zugänge zur Missionsgeschichte* 17.–18.06.2016 insbesondere von Promovierenden aus Deutschland und der Schweiz vorgetragen wurden, ist der hier vorgestellte Sammelband hervorgegangen. Für die Publikation wurden die Beiträge im Hinblick auf das gemeinsame Anliegen, «Missionsgeschichte nicht mehr primär als Projekt einzelner europäischer Missionsgesellschaften zu begreifen, sondern gesamthistorisch als Verflechtungsgeschichte zwischen global vernetzten Akteuren[-innen], Institutionen, Objekten und Wissensbeständen zu konzipieren» (S. 15), überarbeitet. Der Sammelband schliesst thematisch sowie methodisch an Arbeiten von Rebekka Habermas, Richard Hözl und Alexandra Przyrembel an.⁵ Diese neue Missionsgeschichte sieht Peripherie und Zentrum nicht mehr eindeutig bestimmt, denkt Marko-, Meso- und Mikrogeschichte zusammen und vertritt einen kritischen Umgang mit Missionsquellen. Den Herausgeberinnen des Bandes geht es darum, das Scheitern von Netzwerken, das Verschweigen oder den Nichttransfer von Wissen, Informationen und Objekten zu thematisieren, um zu «einer komplexen und kritischen Verflechtungsgeschichte der Mission» (S. 16) beizutragen. Die elf Beiträge decken eine weite Themenpalette ab: Sie thematisieren die «Porosität» von Textquellen (S. 18), ziehen *Material Objects* mit in die Analyse ein, reflektieren die Lokalitäten und Entstehungskontexte der Missionsquellen oder benutzen verschiedene Archive wie beispielsweise Lokalzeitungen und Kolonialarchive, um Missionsquellen zu kontextualisieren. Die sechs Autorinnen und zwei Autoren greifen auf – insbesondere englischsprachige – theoretische und methodische Ansätze aus «der Globalgeschichte, der historischen Netzwerkforschung, den *material studies*, der Wissensgeschichte, der Religionsgeschichte, der *museum studies* und der *critical cartography*» (S. 19) zurück. Auf die sehr gelungene Einleitung der beiden Herausgeberinnen folgen zwei Aufsätze in englischer und sechs in deutscher Sprache. Ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen englischen und deutschen Aufsätzen wäre jedoch ebenso wünschenswert gewesen wie Beiträge von Forscher_innen aus dem globalen Süden beziehungsweise den ehemaligen Kolonien. Stellenweise hätten einige der Beiträge auch weniger Gebrauch vom generischen Maskulinum und von Konzepten wie «*brokers*», «*entanglement*», «*laboratory*» machen können.⁶ Die Titel und Untertitel der Beiträge erschienen mir teilweise etwas zu deskriptiv und zu wenig analytisch.

⁵ Rebekka Habermas, Richard Hözl (Hg.), *Mission Global. Eine Verflechtungsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert*, Köln, Weimar, Wien 2014; Rebekka Habermas, Alexandra Przyrembel (Hg.), *Von Käfern, Märkten und Menschen. Kolonialismus und Wissen in der Moderne*, Göttingen 2013.

⁶ Zwei australische Historikerinnen verzichten in ihrer kürzlich erschienen Monographie gänzlich auf solche Konzepte und reüssieren dadurch meines Erachtens darin, das Geschehen genauer zu rekonstruieren und zu beschreiben: Joanna Cruickshank, Patricia Grimshaw, *White Women, Aboriginal Missions and Australian Settler Governments. Maternal Contradictions*, Leiden 2019 (Studies in Christian Mission, Bd. 56). Auch der Fokus auf indigene und missionarische Frauen gefällt mir an dieser Monographie.

Aus der Fülle der Beiträge seien hier beispielhaft einige herausgegriffen: René Smolarskis wissenschaftlicher Aufsatz über die Missionskartografie und das «stetig variierte Spannungsverhältnis zwischen Herstellungskontext, Inhalt und Funktion des ihm zugrunde liegenden kartografischen Materials, wobei die Mission selbst nur ein Bestandteil eines vielschichtigen Prozesses von Wissenserwerb, Wissenstransformation und Wissenspopularisierung war» (S. 75), ist sehr eloquent und spannend geschrieben. Er bietet «tiefe Einblicke in das Verhältnis von Wissenschaft und Mission [...] bei der Erzeugung, Zirkulation und Rezeption von Wissen in einer wichtigen Phase der Entstehung der modernen Wissensgesellschaft» (S. 88). Am anregendsten erschienen mir die beiden Beiträge der Herausgeberinnen. Karolin Wetjen zeigt eindrücklich, wie Chagga und die Missionare der Leipziger Missionsgesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Gebiet des heutigen Tansania Aspekte der Kirchenzucht und christliche (religiöse und rechtlich-sittliche) Normen und Praktiken aushandelten. «Missionsgemeinden und ihre religiösen Entwicklung[en] sollten folglich als «diskursive Vorbilder und als zu gestaltende Rückzugsorte konservativer theologischer Entwürfe» verstanden werden, deren «Bedeutung» «über das Missionsgebiet hinausreichte» (S. 95). Linda Ratschiller analysiert am Beispiel des transkulturellen Übersetzungsdisurses von Kleidungsstilen zwischen den Basler Missionaren und dem König Ibrahim Njoya des Königreichs Bamum im Kameruner Grasland, wie Anfang des 20. Jahrhunderts Gebrauchsgegenstände und deren Bedeutungszuschreibungen verhandelt wurden. Deutsche Militäruniformen wurden vom König angeeignet, innovativ interpretiert, in einen neuen Zusammenhang gestellt und zu Neuem erschaffen. Annika Dörners Beitrag «Von einer seltsamen Missionsreise»: Die *poetics* und *politics* einer Ausstellung ist fesselnd geschrieben. Es wird darüber reflektiert, wie die Ausstellung mit allen Sinnen wahrgenommen wurde. Durch meine eigene Forschung bin ich mit *Cultural Heritage Studies* und *Museum Studies* insbesondere in der südafrikanischen Historiographie vertraut und fand Dörners Beitrag entsprechend theoretisch und methodisch sattelfest, aber wenig innovativ und überraschend. Barbara Millers Aufsatz über zwei Missionsfilme (1956, 1969) der katholischen Missionsgesellschaft Bethlehem Immensee sehe ich als Beitrag zu Studien zur postkolonialen Schweiz. Während die Erkenntnisse über die Selbst- und Fremdkonstruktion der Schweizer Missionare sehr aufschlussreich sind, habe ich mich bei der Lektüre gefragt, wie Menschen in Zimbabwe wohl auf das Gezeigte reagieren würden und was für Bedeutungen das Filmmaterial für sie haben könnte. Gedacht habe ich dabei besonders an das Beispiel eines Filmes, der während einer wissenschaftlichen Expedition nach Liberia 1926 entstanden ist. Die Reaktionen und Bedeutungszuschreibungen bei seiner Vorführung in Liberia haben zu einer Reihe von Publikationen geführt.⁷ Eine weiterführende Untersuchung, welche Bedeutung die Filme der Missionsgesellschaft Bethlehem für die Selbstkonstruktion der Schweizer Missionare sowie der Schweizer Zuschauer_innen und die Fremdkonstruktion der Simbabwer_innen (oder der Afrikaner_innen und Afrikas im Allgemeinen) hatte und welche Bedeutungen dem Filmmaterial in Zimbabwe zugeschrieben werden, fände ich wünschenswert.

Innovativ an der Struktur des Sammelbandes ist, dass auf die Beiträge drei «Reflexionen» von renommierten Forschenden (zwei Männern und einer Frau) auf dem Gebiet

⁷ The Land Beneath Our Feet (2016); <http://liberianhistory.org>; Gregg Mitman, Forgotten Paths of Empire. Ecology, Disease, and Commerce in the Making of Liberia's Plantation Economy. President's Address, in: Environmental History 22/1 (2017), S. 1–22. David Serlin, The Land Beneath Our Feet: An Interview with Gregg Mitman, in: Radical History Review 127 (2017), S. 187–196.

der neueren Missionsgeschichte und der afrikanischen Geschichte folgen: Philipp Seitz zeigt, wie «in transkulturellen Arenen ein Erstes bewahrt, ein Zweites umgedeutet und ein Drittes montiert» (S. 224) wird. Kirsten Rüther reflektiert über die Innovationen und Forschungslücken der neuen Missionsgeschichte und zeigt, wie Missionen nicht nur unterschiedliche Ideen von *gender*, *race* und *class*, sondern auch von Zeit und Zeitlichkeit vertraten. Siegfried Weichlein beschliesst den Band mit Überlegungen darüber, dass Missionsgeschichte immer auch Konfliktgeschichte ist. Konflikte und deren Verschweigen müssen in Untersuchungen von Missionsquellen immer mitgedacht werden.

Der Band, der über die *scientific community* hinweg eine breitere Leserschaft finden dürfte, sei zumindest allen, die sich für Missions-, Kultur-, Global-, Verflechtungsgeschichte und neuere Kolonialgeschichte interessieren, wärmstens empfohlen.

Tanja Hammel, Basel

Alter Litvin (Hg.), *Evrei v Kazanskoy gubernii i Republike Tatarstan. Očerki istorii [Juden im Gouvernement Kazan' und in der Republik Tatarstan. Skizzen der Geschichte]*, Kazan': Akademija nauk RT, 2018, 274 Seiten, 5 Abbildungen.

Wer die russischsprachige Forschung zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa zur Kenntnis nehmen will, sollte nicht nur auf die Arbeiten aus den grossen wissenschaftlichen Zentren in Moskau und St. Petersburg schauen. So ist vor kurzem in Kazan', der Hauptstadt der Republik Tatarstan, – leider nur in einer kleinen Auflage – eine bemerkenswerte Aufsatzsammlung erschienen. Die Region um Kazan' gehört zu den Gebieten Russlands, in denen schon vor 1917 Juden ausserhalb des hauptsächlich für sie bestimmten Ansiedlungsrayons im Westen des Reiches lebten. Aufgrund der 1827 von Zar Nikolaus I. eingeführten 25-jährigen Militärdienstpflicht auch für Juden verschlug es Rekruten nach Kazan' – die Keimzelle der jüdischen Gemeinde. 1855 wurden 164 jüdische Männer und 25 Frauen im Gouvernement gezählt (S. 95). Seit den Reformen Alexanders II. durften dann nicht nur die Rekruten und ihre Familien hier wohnen, sondern auch Angehörige einiger anderer Berufsgruppen – etwa Ärzte, Kaufleute und bestimmte Handwerker. Während des Ersten Weltkrieges wuchs die Gemeinde weiter durch Jüdinnen und Juden, die vor den militärischen Auseinandersetzungen und deren Folgen aus dem Westen geflüchtet waren.

Zusammengestellt hat den Sammelband der Historiker Alter Litvin, der durch seine Forschungen zum Stalinismus bekannt geworden ist. In seiner Einführung skizziert er die Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Russland sowie speziell in Tatarstan während des 19. und 20. Jahrhunderts und gibt einen Überblick über die Forschungsliteratur, auch zur jüdischen Historiographie. Tatarstan blieb von der Shoah verschont, aber viele Familienangehörige der hier lebenden Juden fielen ihr zum Opfer. Andere starben als Soldaten der Roten Armee oder wurden schwer verwundet. Der stalinistische Terror ging an den Juden in Tatarstan nicht vorbei: Viele wurden ermordet oder in Straflager deportiert. 1957 konnte wieder eine jüdische Schule eröffnet werden, doch Repressionen und Antisemitismus hörten nicht auf. Wer über die Geschichte der Juden forschen wollte, musste mit Schwierigkeiten rechnen. So konnte über die Konversion von Lenins Grossvater Izrail' Mojševič Blank zur orthodoxen Religion 1820 kaum öffentlich berichtet werden. 1959 lebten nach offizieller Statistik 9'487 Jüdinnen und Juden in Tatarstan, davon 8'214 in Kazan' (S. 18). Obwohl es immer noch antisemitische Tendenzen gibt, hat sich heute – wie Litvin in seinem Schlusswort schreibt – die Lage wesentlich verbessert. Die jüdische Gemeinde arbeitet gleichberechtigt und freundschaftlich mit den anderen nationalen

Gemeinschaften zusammen. Das Schicksal von Litvins Familie ist im Übrigen eng mit der Geschichte der Juden in Tatarstan verbunden: Seine Eltern kamen 1929 aus Belorussland nach Kazan', sein Vater arbeitete als Kürschner in einem Kombinat. Weil er angeblich eine Anekdote über Stalin erzählt hatte, musste er sieben Jahre in einem Zwangslager verbringen. 1955 wurde er rehabilitiert. Zahlreiche Familienangehörige, die im Westen der Sowjetunion lebten, wurden während der deutschen Besatzungsherrschaft ermordet.

Die verschiedenen Beiträge des Bandes umfassen ein breites Spektrum. Iskander Giljazov setzt sich mit den Forschungen zum Kaganat der Chazaren auseinander, in dem Ende des 8. Jahrhunderts das Judentum zur Staatsreligion erklärt wurde. Von besonderem Interesse sind seine Ausführungen zur Hypothese, dass chazarische Juden nach dem Zerfall des Reiches nach Westen wanderten und eine wichtige Keimzelle des osteuropäischen Judentums bildeten. Quellenorientiert ist Boris Aronzons Darstellung der «Kazaner Bataillone militärischer Kantonisten» – jüdischer «Kindersoldaten», die für die Zwecke der zarischen Armee erzogen werden sollten. Nach Vorläuferinstitutionen wurden entsprechende Einrichtungen für diese «Rekruten» unter Zar Nikolaus I. systematisiert. Insgesamt gab es im Russischen Reich zwischen 20'000 und 25'000 Zöglinge im Alter von 8 bis 18 Jahren (S. 45). Zwischen 1827 und 1829 wurden erstmals 1862 jüdische Kindersoldaten eingezogen und auf verschiedene Städte verteilt. Nach Kazan' kamen zunächst 280 Personen. Bis 1843 stieg diese Zahl auf 1'852 (S. 48, 57, 59, 60). Aronzon beschäftigt sich mit den Strukturen in Kazan', mit den Lebensverhältnissen der Kinder und Jugendlichen sowie mit ihren Aufgaben, ihrer Erziehung und Ausbildung. Grosse Aufmerksamkeit widmet der Autor den Bemühungen der orthodoxen Kirche um eine Taufe der Zöglinge. Der Erfolg fiel unterschiedlich aus. Während im gesamten Reich zwischen 1827 und 1840 35,4 Prozent der jüdischen Kindersoldaten ihren Glauben wechselten, waren es in Kazan' bis 1839 nur 9,6 Prozent (S. 65). Aufgrund verstärkter Anstrengungen und Zwangsmittel konnte dieser Anteil in den folgenden Jahren erheblich gesteigert werden, bis bei der Auflösung der Bataillone Ende der 1850er Jahre fast alle Zöglinge getauft waren. Leider fehlen offenbar weitgehend Dokumente der jüdischen Seite zu diesem «Kampf um den Glauben» (S. 62).

Aronzon trägt – immer gestützt auf archivalisch erhaltene Behördenakten – mit weiteren wichtigen Aufsätzen zum Sammelband bei: über die Rabbiner und die jüdischen Gebetshäuser von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1917, über deren Bedeutung für das Leben der jüdischen Gemeinde in Kazan', über wohltätige Gesellschaften, über die Geburts-, Todes-, Ehe- und Scheidungsbücher sowie über das lange erfolglose Streben nach einer eigenen Synagoge, bis diese endlich 1915 eröffnet werden konnte – heute ist sie ein Schmuckstück der Stadt, wie auch die Abbildungen auf der Innen- und Aussenseite des Umschlags zeigen.

Aleksandr Litvin schreibt über die Kazaner jüdische Gemeinde in den 1920er und 1930er Jahren. Auf der Grundlage von Parteidokumenten schildert er die Tätigkeit der Jüdischen Sektion der Kommunistischen Partei – etwa soziale Unterstützung von Kindern, Aktivitäten auf kulturellem Gebiet, Ausbildung von Juden zur landwirtschaftlichen Arbeit, aber auch Kampf gegen die Religion, gegen Zionisten und die Bourgeoisie. Die Organe des Geheimdienstes beobachteten das Leben der jüdischen Bevölkerung und deren Organisationen – nicht zuletzt der Religionsgemeinde – genau. Seit 1929 verschärfte sich der Kurs. Eine Ausübung der Religion in der Öffentlichkeit war kaum noch möglich. Die geschlossene Synagoge wurde von jungen Pionieren genutzt. Mit der Zeit des Grossen Terrors ab 1937 endet Litvin seine Darstellung.

Semen Vajner widmet sich am Beispiel der Schule Nr. 12 der Erneuerung jüdischen Lebens in postsowjetischer Zeit. Boris Aronzon geht auf das Wirken eines Wohltätigkeitsfonds sowie auf kulturelle Unternehmungen ein, namentlich auf das Klezmer- und Jazz-Ensemble «Simcha», zu dem Éduard Turmanskij Erinnerungen beisteuert. Zum 100-jährigen Jubiläum der wieder eröffneten und restaurierten Kazaner Synagoge folgt ein Interview mit dem Oberrabbiner der Republik Tatarstan, Icchak Gorelik. Sein insgesamt optimistischer Blick in die Zukunft wird auch vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates der jüdischen Gemeinde Tatarstans, M. A. Skoblionok, geteilt, der einen Überblick über jüdische Einrichtungen in der Republik gibt.

Insgesamt liefert der Band mit seinen vielfältigen Aspekten wichtige Einsichten in die Entstehung und Entwicklung der jüdischen Gemeinde in Kazan' und in Tatarstan. Gerade weil hier besondere Bedingungen für die jüdische Bevölkerung herrschten, sollte den Beiträgen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Heiko Haumann, Elzach-Yach/Basel

Anja Huber, **Fremdsein im Krieg: die Schweiz als Ausgangs- und Zielort von Migration: 1914–1918**, Zürich: Chronos Verlag, 2018 (Die Schweiz im Ersten Weltkrieg, Bd. 2), 336 pages, 9 illustrations.

Tiré d'une thèse de doctorat intégrée au projet FNS Synergia *La Suisse pendant la Première Guerre mondiale: perspectives transnationales sur un petit État dans une guerre totale*, l'ouvrage d'Anja Huber retrace l'histoire des migrations liées à la Grande Guerre et leurs enjeux dans le cas helvétique.

La question de l'immigration en Suisse dans le contexte de la Grande Guerre n'est pas inédite dans l'historiographie. Les historien·ne·s tels que Gérald et Silvia Arlettaz ont mis en évidence le tournant que le conflit représente dans l'histoire de la politique migratoire suisse. Que propose donc Anja Huber de nouveau? L'historienne adopte une double perspective: la prise en compte de l'immigration *en* Suisse et de l'émigration *de* Suisse et c'est là que réside l'originalité de sa démarche. En outre, l'histoire de la présence suisse à l'étranger au XX^e siècle est encore peu travaillée.

La question de recherche d'Anja Huber se déploie en deux volets (p. 15). D'abord, l'auteure s'intéresse à la manière dont les mouvements migratoires ont été modifiés, dans le cas helvétique, en fonction de la guerre. Ensuite, il s'agit de comprendre comment les autorités – au niveau cantonal et fédéral, en incluant les autorités représentant la Suisse à l'étranger – ont réagi face à ces mouvements migratoires. L'auteure s'appuie sur un large corpus de sources, presque exclusivement institutionnelles. Elle justifie brièvement sa démarche «en miroir», en arguant que la guerre constitue un tournant pour l'histoire à la fois de l'immigration et de l'émigration, raison pour laquelle il est opportun d'étudier les deux aspects ensemble (p. 12). L'auteure aura l'occasion de révéler l'intérêt de cette double perspective – et en creux, ses limites: deux histoires régies par des enjeux et des acteurs trop distincts pour être traités conjointement. L'auteure s'appuie principalement sur le concept de l'autonomie des migrations développé par Yann Moulier-Boutang. Ce choix permet, d'une part, de laisser de côté le concept *push-pull* (p. 34), réduisant les personnes à des sortes d'aimants attirés ou repoussés selon la conjoncture, et d'autre part, d'inviter à penser les migrations sans les opposer à la norme que serait forcément la sédentarité (p. 37). La migration ne doit pas être étudiée comme problème que les États régulent mais comme force autonome face à laquelle les autorités réagissent.

Les frontières sont au cœur de la recherche d'Anja Huber. Elles occupent l'ouverture contextuelle du livre (chap. 3) traitant des migrations avant guerre: les manières d'aborder l'immigration changent au gré des contextes et des agendas politiques. En témoigne l'idée de la Commission des Neufs à l'aube du XX^e siècle visant à naturaliser plus facilement les étrangers pour mieux les intégrer dans la société suisse. Une idée tombée aux oubliettes. C'est aussi les frontières, cette fois-ci théoriques et terminologiques, qui structurent la suite de l'ouvrage: des frontières entre les catégories de migrant-e-s qu'a dû tracer Anja Huber pour les besoins de son approche thématique en séparant les migrations en trois groupes (migration de travail, militaire, forcée) qui correspondent chacun à un chapitre, deux dans le cas de la migration forcée.

La première catégorie est celle de la migration de travail (chap. 4). L'auteure l'éclaire à la lumière de la politique migratoire suisse orientée vers certains intérêts: rationaliser le contrôle de l'immigration tout en permettant à l'industrie de recruter des étranger-e-s là où la main d'œuvre manque. L'auteure démontre l'importance des lobbys (patronat, syndicats, hôteliers, etc.), véritables leviers politiques pendant la Première Guerre mondiale. Les discours anti-étrangers influencent eux aussi en partie l'action des autorités toujours plus enclines à limiter le nombre de résident-e-s étranger-e-s. Concernant la présence des Suisse-sse-s dans les États belligérants, l'auteure s'attarde particulièrement sur la Grande-Bretagne et ses colonies, où résident près de 16 000 Suisses au début de la guerre, et détaille un phénomène récurrent: les difficultés et chicanes administratives rencontrées par les Suisse-sse-s aux noms à consonance germanique. Certain-e-s perdent leur travail, pour cause de préférence nationale, mais aussi du fait de leur sympathie réelle ou présumée pour les Empires centraux. Les diplomates helvétiques ne cherchent que rarement à défendre les intérêts de leurs ressortissant-e-s pour cause de neutralité: ils ne doivent vexer aucun belligérant.

La deuxième catégorie, la migration militaire, comprend les déserteurs et réfractaires restés ou ayant rejoint la Suisse et les citoyens suisses rappelés en terres helvétiques pour garder les frontières (chap. 5). En 1917, quelque 10 000 déserteurs et réfractaires, tendanciellement à gauche sur l'échiquier politique, se trouvent en Suisse. La méfiance que leur présence suscite – la création de la Police des étrangers en 1917 y est directement liée – a déjà été passablement étudiée. La question des hommes suisses mobilisables à l'étranger est moins connue. On dénombre environ 25 000 Suisse-sse-s rapatrié-e-s au début de la guerre, la plupart étant des hommes en âge de servir. Les autorités ne sont pas toujours enclines à payer les voyages et surtout à subvenir aux besoins des familles de ces derniers. Certains hommes restent donc à l'étranger et évitent ainsi de devoir servir.

La dernière catégorie, celle de la migration forcée, se déploie en deux chapitres, l'un (chap. 6) comprenant le pan du refuge et de la protection, l'autre (chap. 7) le pan des mesures des autorités de l'internement à l'expulsion. L'auteure met en évidence les différences entre les réfugié-e-s indésirables (celles et ceux qui arrivent en groupe, ont besoin d'assistance et/ou qui mènent une activité politique) et les réfugié-e-s bienvenu-e-s (celles et ceux qui arrivent en Suisse seul-e-s, ont des moyens et/ou passent inaperçu-e-s). Des artistes et groupes politiques en exil trouvent en Suisse une plateforme de réseautage et de diffusion. Une installation favorisée par différents facteurs: tradition d'asile, liberté de la presse, mais aussi appareil de police politique défaillant. Les Helvètes dans le collimateur des pays belligérants sont d'un tout autre acabit. Il s'agit principalement de religieux accusés de sympathie pour le Reich, à l'instar des membres de la Mission de Bâle

présente surtout dans des colonies britanniques. Le problème des civils suisses à l'étranger est toujours le même: ils sont régulièrement associés à l'ennemi.

Le dernier chapitre (chap. 7) est consacré aux mesures de rétorsion des étranger·e·s en Suisse et des Suisse·sse·s à l'étranger. Outre le cas des internements de militaires, l'auteure évoque d'autres types de mesures comme les expulsions, notamment des Russes bolcheviques. Quelques centaines de Suisse·sse·s de l'étranger ont également été touchées par des expulsions. Dans les pays de l'Entente, on justifie ces mesures par leur sympathie ou des activités commerciales avec l'ennemi. Mais la guerre apparaît souvent comme un prétexte employé par les autorités pour se débarrasser d'étranger·e·s dans le besoin, veuves, chômeurs ou personnes âgées. L'attitude des autorités consulaires à leur égard varie entre préoccupation et indifférence.

Une courte conclusion résume les principaux résultats. En définitive, l'histoire de la migration pendant la Première Guerre mondiale révèle le régime différentiel entre, d'un côté, les migrant·e·s riches avec réseau et, de l'autre côté, les migrant·e·s pauvres sans réseau. Ce constat s'applique également aux Suisse·sse·s de l'étranger. Les moyens mis en œuvre en faveur des Suisse·sse·s rapatrié·e·s de Russie en cours de soviétisation en sont un bon exemple.

C'est cette différence de traitement qui, à notre sens, donne de l'intérêt à la recherche d'Huber. L'historienne montre l'impact que peuvent avoir certains acteurs sur les décisions des autorités entre serrement de vis et, au contraire, laxisme envers certains groupes. Elle décrypte avec finesse le rôle des lobbys dans le traitement de faveur de certains étrangers, à l'instar des hôteliers, insistant auprès des autorités suisses de ne pas chicaner les clients, pour lesquels il serait «humiliant» de dévoiler le contenu de leur porte-monnaie afin de rejoindre la Suisse (p. 161). Si pour une migration réussie et selon l'adage russe «il vaut mieux cent amis que cent roubles», pour une destination telle que la Suisse, il semble qu'il faut plutôt cent amis *et* cent roubles.

On regrette de n'en savoir pas plus sur les premier·e·s intéressé·e·s. Certes l'auteure avait d'emblée concédé que le vécu des migrant·e·s ne sera que rarement pris en considération. Il n'empêche que l'auteure aurait pu détailler quelques parcours migratoires pour que le/la lecteur·trice saisisse mieux l'impact des régimes de migration sur les personnes. En ce sens, le titre «Fremdsein im Krieg» n'annonce pas tout à fait le contenu.

En faisant l'histoire des migrations, les historien·ne·s se heurtent souvent à un problème: traiter des catégorisations sans en faire soi-même, traiter des frontières sans en créer. Huber a dû, pour les besoins de son analyse, articuler ses chapitres sur des catégories dont les frontières – toujours elles – sont floues ou mouvantes. L'auteure concède elle-même les problèmes inhérents à ce choix: outre le caractère construit de ces catégories, de nombreux cas sont précisément entre deux. Les ouvriers italiens restés en Suisses au moment de la mobilisation italienne appartiennent à la fois à la migration de travail et à la migration militaire. En plus du risque de les renforcer dans l'esprit des lecteurs et lectrices, ces catégorisations peuvent perturber la cohérence. Où évoquer par exemple la question du manque de représentation diplomatique suisse dans certains pays? Cet aspect concerne aussi bien la migration dite de travail, militaire que forcée.

Malgré ces quelques réserves, cette solide recherche complète admirablement l'historiographie suisse de la migration pendant la Grande Guerre. Elle s'appuie sur une excellente analyse de sources, livrée dans une rédaction fluide. L'ouvrage offre une

réflexion intéressante et actuelle sur la permanence des régimes différentiels envers les migrant·e·s, en fonction de leur origine, leurs qualifications ou encore leur porte-monnaie.

Tiphaine Robert, Fribourg

Claude Hauser, *La Chine en partage. Ding Zuoshao – Auguste Viatte: une amitié intellectuelle au XX^e siècle*, Neuchâtel: Éditions Alphil, 2018, 160 pages.

Ding Zuoshao (1902–1990) from China and Auguste Viatte (1901–1993) from Switzerland met and became friends in Paris in 1930. Ding had received French Jesuit education in Shanghai and was completing a doctorate in law at the Sorbonne, and Viatte was fresh from a journey to Asia, which included China, the object of his youthful admiration. Although their life paths soon diverged, they maintained a long correspondence, which, despite being interrupted for several years, continued almost until the end of Ding's life. Viatte had become a professor of French literature in Canada and later in Switzerland, where he returned in 1952. Ding, a political activist within the Nationalist Party of Chiang Kai-shek, crisscrossed China in efforts to mobilize resistance to the Japanese occupation in the 1930s and thereafter fought the Chinese Communists, before evacuating to Taiwan in the mid-1950s. In this short, handsomely produced book, Claude Hauser has written an engaging history of the two men's intellectual exchange.

The book is arranged chronologically, and mainly proceeds by quoting the two correspondents and putting their ideas and actions into historical context. Although Viatte's letters to Ding are missing, his opinions are reconstructed from regular commentary on current affairs in Europe and the Far East, which the Swiss academic published in the French press, as well as from his books on the political situation in East Asia, and records in his private journal. Through Viatte's writing, we follow the evolution of the French public's perspectives on China, along with changing views on the promises and menaces of Fascism, Nazism and Communism. With Ding, we become immersed in Chinese political debates of the 1930s, the war of resistance against Japan and the civil war between Nationalists and Communists. The self-styled «fervent nationalist» Ding and the conservative Catholic Viatte, a Swiss-born devotee of French greatness and champion of Francophonie, shared anti-Communist convictions even as they disagreed about the other totalitarian ideologies and regimes of their time: in the 1930s, Ding considered dictatorship desirable for China, and sympathized with Hitler.

The book focuses firmly on international relations, with an emphasis on China. Hauser, who is not a sinologist, has done a careful job of informing himself about twentieth-century Chinese history and cites a large array of studies on China in French and English (there are only a few slips: a garbled reference to a Chinese publication on p. 25; and General Ma Zhanshan being wrongly called "Ma Shanzhan" on p. 33). His summaries of the larger developments – the complex background to Ding Zuoshao's turbulent career – will serve the general reader, while specialists may also find something new in the account of the little-known «lost army». Chapter Four deals with the creation and failure of this army, a small military force of the Republic of China, which continued to harass the newly established Chinese Communist state from the border of Burma with Yunnan province until 1954 with the support of the United States. At the time, Ding wrote about his utopian hopes for toppling Communism in China with the help of all freedom-loving nations, or through renewal of the World War, which would rob the Communists in Beijing of their protectors in Moscow.

In the course of their epistolary relationship, Ding often sought to use Viatte as a channel to propagate his beliefs on the political situation in China through the French press. For his part, without replicating Ding's most farfetched and radical statements, Viatte utilized his private source of information («mon ami chinois») to enhance his own authority as an expert commentator on politics in Asia at a time when France was fighting a war in Indo-China, and also to promote his agenda: the urgent necessity of resisting Communism anywhere in the name of universal moral values. With Viatte's encouragement and his active editorial involvement, Ding began to write a participant's memoir, entitled *L'armée perdue*, while he was a refugee in Thailand. Completed after Ding's relocation to Taiwan in 1957, the original manuscript found no publisher in France (in 1975, parts of it were eventually incorporated into a fictionalized report from Taiwan by a French journalist). Hauser rightly regards it as an important product of cross-cultural collaboration.

In sum, *La Chine en partage* is an interesting and well researched book. The story it tells of Chinese-European contacts among right-wing intellectuals has received less attention from historians than have comparable transnational connections within the left. It can therefore be recommended especially to scholars of twentieth-century conservative political thought. Outside of academia, it will appeal to readers with interests in modern China and intellectual biography.

Mark Gamsa, Tel Aviv

Simon Bundi, Gemeindebürger, Niedergelassene und Ausländer. Eine Bündner Abgrenzungsgeschichte 1874–1974, Baden: Hier und Jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte, 2016, 464 Seiten, 22 Abbildungen und eine Karte.

Es ist bekannt, dass die Autonomie der Gemeinden in der Schweiz und besonders in Graubünden als hoher Wert gilt. In erster Linie denkt man dabei an die politischen Gemeinden und an ihre möglichst grosse Selbständigkeit gegenüber den übergeordneten staatlichen Ebenen. Gemäss dem Prinzip der Subsidiarität soll nicht zentralistisch von oben diktiert werden, was auf den unteren staatlichen Ebenen massgeschneidert gelöst werden kann. Etwas komplexer wird die Frage der Autonomie, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es verschiedene Arten von Gemeinden gibt, deren Kompetenzen sich überschappen können. Was bedeutet der Begriff in diesem Zusammenhang?

Das auf seiner Dissertation basierende Werk von Simon Bundi liefert lesenswerte Antworten auf die Frage. Die Studie beschäftigt sich mit der Geschichte der Bürgergemeinden Graubündens, wobei das Verhältnis zur politischen Gemeinde im Vordergrund steht. Es geht also um deren «Autonomie innerhalb der Autonomie» (S. 261). Die Beziehung zwischen den beiden Gemeindearten wurde erst 1974 im ersten Bündner Gemeindegesetz befriedigend geklärt, als die Bürgergemeinden zu Körperschaften des öffentlichen Rechts mit eigenen Organen wurden, die mit klar (auch grundbuchlich) definierten Eigentums- und Mitspracherechten ausgestattet waren. Dies konnte als grosser Sieg für die Bürgergemeinden gewertet werden. Während rund 100 Jahren war ihre Existenz nämlich von liberalen Befürwortern einer «Einheitsgemeinde» immer wieder in Frage gestellt worden.

Voraussetzung für ausufernde Diskussionen, Prozesse und Rekurse, insbesondere um Fragen des Eigentums am Gemeindeboden beziehungsweise der Gemeindegüter, war eine schwache rechtliche Grundlage, wie sie das 1874 erlassene Niederlassungsgesetz darstellte. Es führte zwar im Prinzip die Einwohnergemeinde ein, zählte aber gleichzeitig

Sonderrechte der Bürger auf. Im Nachhinein staunt man, wie viele Energien die Diskussionen um den «Gemeindedualismus» (Bürgergemeinde/Einwohnergemeinde) und die «Einheitsgemeinde» freisetzen. Und man staunt, dass es 100 Jahre dauerte, bis eine befriedigende rechtliche Lösung gefunden werden konnte. Mangels einer klaren kantonalen Norm vermochten lokale Entscheidungsträger in starkem Ausmass Tatsachen zu schaffen, die kaum mehr zu ändern waren.

Bundi schildert für den langen Zeitraum seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis ins Jahr 1974 viele der Auseinandersetzungen. Dabei interessieren ihn besonders die zwischen der juristischen und der politischen Sphäre zirkulierenden Argumente und Leitvorstellungen der Parteien. Diskurstheoretisch geschult erkennt er im historischen Verlauf wechselnde Konjunkturen. Im 19. Jahrhundert wurde vor allem mit bürgerlichen Tugenden und dem «Bürgersinn» argumentiert. In der Zeit der geistigen Landesverteidigung machte die «Bodenständigkeit» Karriere als wichtiges Fahnenwort. Die Verbundenheit der ortsansässigen Bürger mit der Scholle, so die Vorstellung, biete Garantie für eine langfristiger angelegte Betreuung des Gemeindevermögens, als dies die politische Gemeinde leisten könne.

Die historischen Vorfürer der Bürgergemeinden waren die Gerichtsgemeinden und vor allem die Nachbarschaften des Freistaats der Drei Bünde im *Ancien Régime*: genossenschaftlich organisierte Dorfgemeinschaften, die in «kollektiver Freiheit» sich selbst regulieren wollten. Dazu gehörte auch der zunehmende Ausschluss oder zumindest die Benachteiligung von später zugezogenen Bei- und Hintersässen. Bundi zeigt die Bürgergemeinden anschaulich als Institutionen, die korporativ-altrepublikanische Vorrechte in eine Zeit, deren Staatsverständnis liberal-demokratisch geprägt ist, hinüberzuretten versuchen. Trotz individueller Rechte und Niederlassungsfreiheit der Schweizer Bürger sollte die Abgrenzung zwischen Gemeindebürgern und Zugezogenen erhalten bleiben. Noch in den 1860er Jahren verfügten beispielsweise in der Stadt Chur die Niedergelassenen (mehr als zwei Drittel der Einwohnerschaft) nicht über das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten. Sie forderten es mit einer Petition an die Schweizerische Bundesversammlung ein, in der es hiess, in Graubünden betrachte man es «als historisches Recht und gute Sitte, über die Niedergelassenen wie gewissermassen über eine rechtlose Menschenklasse zu herrschen und dieselbe finanziell auszunutzen» (S. 86).

Das bemerkenswert gut geschriebene und flüssig zu lesende Buch Bundis beschäftigt sich nicht nur mit Fragen der Verfügungsgewalt über den Boden im Kontext von Tourismus, Industrialisierung oder Wasserrechtsfragen. Zur Sprache kommt auch die Praxis der Einbürgerungen und der diese begleitende Diskurs. Weiter interessiert sich Bundi für die Frage, inwiefern die rechtliche Unterscheidung zwischen Bürgern und Niedergelassenen auch soziale «feine Unterschiede» konstituierte, die sich im Vereinsleben oder bei den in vielen Bündner Dörfern existierenden Knabenschaften auswirken konnten.

Eine besondere Stärke des Buchs liegt in der regionalen Differenzierung. In Graubünden spielen die Bürgergemeinden insbesondere in der katholischen Sonderkultur der Surselva und des Oberhalbsteins eine weit geringere Rolle als im reformiert geprägten Rheintal. Es gab und gibt nicht einmal in allen (politischen) Gemeinden konstituierte Bürgergemeinden. Bundi formuliert für die frappanten Unterschiede plausible Hypothesen und vertieft so unser Verständnis der Bündner Geschichte.

Bundis Werk fokussiert auf bestimmte Aspekte der Geschichte der Bürgergemeinden. Die Leserinnen und Leser, die sich für das konkrete (wirtschaftliche) Funktionieren der Bürgergemeinden interessieren, werden in Bundis Werk einschlägige Angaben und

Zahlen vermissen: Inwiefern profitierte der einzelne Bürger, die einzelne Bürgerin wirtschaftlich von seinem/ihrem Status? Um wie viel höher waren die Taxen, welche ein nicht im Ort verbürgerter Bauer für die Bestossung der Alpen oder die Teilnahme an der «Gemeinatzung» im Herbst und Frühling zu bezahlen hatte?⁸

Die grösste Lücke in Bundis Buch bildet das explizite Aussparen des Armen- und Fürsorgewesens, das neben der Einbürgerung bis in die letzten Jahrzehnte die wesentliche Kompetenz der Bürgergemeinden darstellte und häufig den grössten Ausgabeposten ausmachte. Die Bürgergemeinden bestanden und bestehen immer nur aus den ortsansässigen Bürgern (und, mit Einschränkungen, Bürgerinnen). In interessantem Kontrast dazu waren im Bereich des Armenwesens bis in die letzten Jahrzehnte die Bürgergemeinden auch für die ortsabwesenden Bürgerinnen und Bürger zuständig. Für Graubünden soll diese Lücke durch ein voraussichtlich dieses Jahr erscheinendes Werk über Fürsorge zwischen politischer und Bürgergemeinde geschlossen werden.

Als kleine Kritik an einem insgesamt lesenswerten und sehr lesbaren Buch sei noch vermerkt, dass neben dem Gemeinderegister ein Personenregister ebenfalls nützlich gewesen wäre.

Reto Weiss, Chur

Cassandra Mark-Thiesen, *Mediators, Contract Men, and Colonial Capital. Mechanized Gold Mining in the Gold Coast Colony, 1879–1909*, Rochester: University of Rochester Press, 2018 (Rochester Studies in African History and the Diaspora, Bd. 77), 217 + xii pp.

This is an important book, which helps to recast a seemingly well-discussed theme (the two gold booms in the southern interior of the Gold Coast) into a fresh, well-structured discussion of labour recruitment and labour organization. At first glance, readers might see Cassandra Mark-Thiesen's study as similar to the classic work of Raymond Dumett from 1996 (cited as EDiWA).⁹ However, the good news is that *Mediators, Contract Men, and Colonial Capital* delivers much more than simply to engage with some remaining open questions. The author was perhaps too modest to insist more on the innovative character of her results.

It is important to point to these innovative parts by distinguishing the approach from that of her predecessor. Dumett discussed the recruitment of Liberian Kru and Kpelle contract workers as standard practice for southern Gold Coast mines before 1900; their wages were lower than those of Ghanaian locals. According to Dumett, those workers from Liberia were not exactly subject to coerced recruitment but abuses and irregularities in repatriation were frequent (EDiWA, pp. 224–234). Worker discontent could become a serious problem for mining corporations, as in the case of the Gie Appanto Mining Company (EDiWA, pp. 249–250). Dumett also underlined that the Wassa (Gold Coast) Mining Company owed part of its success, when compared to other, less successful enterprises, to its reliance on Ghanaian workers. They continued mainly to be share tributors who worked independently and not wage earners (pp. 220–222).

Only in its first and early in its second chapter does Cassandra Mark-Thiessen's study focus on deepening some of Dumett's earlier conclusions, as when she discusses lobbying and bribery during the early boom (pp. 28–9), new statistics on gold output

⁸ Für solche Fragen kann exemplarisch das folgende Werk empfohlen werden: Ortsbürgergemeinde St. Gallen (Hg.), *Die Ortsbürgergemeinde St. Gallen*, St. Gallen 2017.

⁹ Raymond E. Dumett, *El Dorado in West Africa: The Gold-Mining Frontier, African Labor, and Colonial Capitalism in the Gold Coast, 1875–1900*, Athens/OH, London 1998.

(p. 36), the trajectories of white veteran managers from Australia and South Africa (pp. 41, 46–7), and female roles in «traditional work» amongst locals in the mines (pp. 59–60).

This is followed by an insightful analysis of contract labour from Liberia. The Chinese option having failed, in spite of constant racial propaganda in its favour (pp. 62–64), and European staff being scarce and vulnerable to illness (pp. 70–74), mine managers now set their hopes on African labour agents who acted as «headmen» and brought in workers from Liberian territory. As in many regions which employed coolie labour, the relationship between Liberian agents (who then became work gang leaders in the Gold Coast) and the workers was an unstable and fascinating balance, aptly described by the author. Liberian recruits tended to choose their labour contracts freely, although deception in the first phase was possible (pp. 76–78). They were vulnerable as long as they did not understand the system and their wages could be artificially reduced or arbitrarily withheld, but they became a powerful party in negotiations through flight and often received new advances and benefits (pp. 82–83). The intermediaries needed to adapt to these responses as much as possible to be successful. In spite of instruments such as the Master-and-Servant-Legislation (criminalizing breach of contract, with consequences that could include imprisonment with hard labour), mine managers rarely managed to force workers to stay or to extend contracts (pp. 87–89). In one of the many impressive sections of this book, which could have found a more prominent place in the wider argument, Cassandra Mark-Thiesen examines and interprets a particularly fascinating source: a collection of letters from African contract labourers in the Migeod Papers, a manuscript collection held at the Cambridge University Library. Although there are relatively few documented cases, they are sufficient in number to open a window on workers' strategies and rationales, their family relations in Sierra Leone and Liberia, and the use of colonial and missionary schools (pp. 94–100).

From the late 1890s to 1904, access to Liberian labourers steadily diminished due to political changes on the Windward Coast (pp. 102–108). As the author demonstrates, this led to new agents entering the scene, including a former mineworker from Abosso, Quao Hammah, and the female Hausa labour recruiter Madam Mariam, and some white recruiters who did not succeed (pp. 109–114). Southern Ghanaian middlemen were also active, leading to poaching gang workers from other mines. Initially, European mine managers remained as weak as they had been when faced with Liberian work gangs (pp. 115–118).

Fundamental changes might have come about in the early twentieth century, as the colonial administration created a Transport Office and appointed Frederick W.H. Migeod as mediator. He occasionally took the side of workers protesting against abuses, such as when they were compelled to do deep mining (pp. 131–134). Through the Concessions Labour Ordinance of 1903, he also tried to implement a new system to stop labourers from fleeing their work, and to severely punish them if they were caught. Worker passes were suggested as a means to strictly control movement, as would have been thumbprint identification and the use of police repression. New certificates would have allowed employers to control the end of the contracts – and abuses clearly were on the horizon (pp. 137–140). However, it is significant that the British government of the Gold Coast Colony did not trust the mine managers or even its own official. Chief Justice William B. Griffith called the proposed measures drastic and unjustified, and expressed his fear that «native» workers would swiftly learn how to use existing channels for complaints and

swamp the court with cases. The administration refused to implement the Ordinance as a law, leaving mine managers to deal with the problems of controlling workers on their own (pp. 141–144).

Cassandra Mark-Thiesen's brief last chapter addresses the attempt to mobilize workers from the Gold Coast's Northern Territories using forced recruitment implemented with the help of powerful local chiefs (pp. 145–149). However, local populations quickly voted with their feet and migrated into other labour schemes in the south of the Gold Coast, thereby depriving the mines of stronger and healthier workers, as only those young men who could not get away would be forcibly recruited. Local chiefs quickly reevaluated the bargain, and felt they were losing some of their subjects without being adequately compensated. This had been the main economic appeal of the practice for the mine managers and in part for the colonial government, so this experiment in forced recruitment was already over by 1909. That left only voluntary recruitment in the north, with all its difficulties (pp. 149–153).

Cassandra Mark-Thiesen delves deep into the complexities of labour recruitment for private economic activity during the early decades of colonial rule. She shows the thin line that existed between forced recruitment and free labour, with the labourers themselves (and, sometimes, their agents or headmen) being the stronger party in negotiations. This finding strongly modifies the narrative of the exploited and passive coolie, and instead emphasizes how these mostly male recruits reacted to their situation. *Mediators, Contract Men, and Colonial Capital* is thus an outstanding contribution to the debates about contract labour in colonial, and global, historiography during the period from 1850 to 1914.

Alexander Keese, Genève

Bernhard Kathan, «... alles eine Fortsetzung von Dachau und Mauthausen?» Die Briefe des österreichischen Publizisten Nikolaus Hovorka, Wien, Hamburg: new academic press, 2018 (Mauthausen-Studien. Schriftenreihe der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Bd. 12), 372 Seiten.

Ausgangspunkt dieses aufschlussreichen Buches war ein Projekt des Kulturhistorikers, Sozialwissenschaftlers und Künstlers Bernhard Kathan, sich in Familien Kriegserlebnisse des Vaters oder Grossvaters erzählen zu lassen. Dabei stiess er auf die Briefe Nikolaus Hovorkas, die ihm von dessen Tochter Anny überlassen wurden. Sie ermutigte ihn auch zu seinen weiteren Forschungen über Hovorka. Dieser wurde 1901 in Bosnien geboren und lebte überwiegend in Wien. Nach einem abgebrochenen Studium wurde er ein bekannter Journalist und Publizist. 1932 veröffentlichte er ein Buch über den Nationalsozialismus, in dem er diesen als «seelische Erkrankung des deutschen Volkes» bezeichnete (S. 14). Nach dem «Anschluss» an Deutschland wurde er im März 1938 verhaftet, in das KZ Dachau eingeliefert und ein Jahr später in das KZ Mauthausen überstellt. Nach Zwangsarbeit war er aufgrund von medizinischen Kenntnissen als Laborant und als Heilmasseur von SS-Angehörigen tätig. 1942 entliess man ihn – wie andere politische Gefangene – in die Wehrmacht. In der Ukraine und in Frankreich wurde er in Feldlazaretten eingesetzt. Nach Kriegsende 1945 trat er, obwohl überzeugter Katholik, der Kommunistischen Partei Österreichs bei, aus der er 1950 wieder ausgeschlossen wurde. Später wurde er Chefredakteur der «Freiheit», des Organs des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes. 1966 ist Nikolaus Hovorka gestorben.

Bei seiner Entlassung aus dem KZ musste Hovorka unterschreiben, über seine Lagerzeit zu schweigen. Er hatte jedoch in Briefen an seine Verlobte und spätere Frau

Marie Letfuhs, seine frühere Lebensgefährtin Charlotte Reinhold, seine erste Ehefrau Friederike Datz sowie seine Schwester Annie verschlüsselt viel über die dortigen Verhältnisse mitgeteilt. Da die Zahl der Briefe, die er versenden und erhalten durfte, beschränkt war, schrieb er an mehrere Adressatinnen gleichzeitig in einem Brief, der dann rundum ging. Die Frauen verfassten ebenso einen gemeinsamen Brief. Mit den Feldpostbriefen wurde anschliessend ähnlich verfahren. Die Briefsammlung stellt somit eine einzigartige Quelle dar. Kathan versieht die zitierten Briefe mit präzisen Erläuterungen zu Personen und Ereignissen.

Nach dem einleitenden biografischen Abriss von Gregor Holzinger (Mauthausen Memorial) wertet Bernhard Kathan diese Sammlung in 50 kurzen, thematisch gegliederten Kapiteln aus, die als Überschrift immer ein Zitat aus einem Brief enthalten. Er folgt dabei nicht der Chronologie. Dies erschwert manchmal die Lektüre, weil man sich immer erst überlegen muss, in welcher Situation sich Hovorka gerade befindet. Das erste Kapitel befasst sich mit der Erschiessung der Marussja Omeltschenko 1943 in der Ukraine, die bei Hovorka im Lazarett beschäftigt gewesen war. Die Erschütterung Hovorkas über diesen Mord, den er nicht verhindern konnte, greift Kathan im 16. Kapitel noch einmal auf und thematisiert dabei auch dessen Ängste vor der eigenen Erschiessung. Den Einstieg im ersten Kapitel nutzt er, um noch einmal auf Hovorkas Biografie einzugehen und den Grundkonflikt anzudeuten, der in den Kapiteln immer wieder zur Sprache kommt: zwischen Hovorkas Wunsch, Zeugnis über die Verhältnisse abzulegen, und seinen Schuldgefühlen, den Opfern trotz seiner Vorzugsstellung bei der SS nicht mehr geholfen zu haben. Bezeichnenderweise schrieb Hovorka das geplante Buch nicht, für das seine Briefe die Grundlage hätten bilden sollen. Offenbar konnte er, wie Kathan im abschliessenden 50. Kapitel ausführt, die Spannung zwischen seinem moralischen Anspruch und seiner Nähe zu den SS-Tätern letztlich nicht verarbeiten.

In den vielen Kapiteln setzt sich Kathan – um nur einige Beispiele zu nennen – mit Hovorkas Verschlüsselungstechnik in den Briefen auseinander, mit seinem Geschichts- und Weltverständnis, seinem taktischen Anbiedern an die Nationalsozialisten, um aus dem KZ freizukommen, seinen Beziehungen zu Kameraden, seinem Verhalten als Funktionshäftling, seiner zumindest indirekten Mitwirkung als Sanitäter an Häftlingsmorden, seinem Menschenbild, seiner Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Rassenideologie und der Judenvernichtung, seiner Beteiligung an der Partisanenbekämpfung, seinem Liebesverhältnis mit einer SS-Aufseherin, seiner Einstellung zu den «Frauengeschichten» (S. 247) von Wehrmachtsangehörigen, seinem Umgang mit SS-Leuten, schliesslich mit seinen Erinnerungen und seinem Verhalten nach Kriegsende. Kathan interpretiert Hovorkas Briefe einfühlsam, aufmerksam selbst für Kleinigkeiten und unter Berücksichtigung des jeweiligen Kontextes. Hovorka habe sich aus seinem erwähnten Grundkonflikt nicht befreien können, in den er hineingeraten sei, weil er sich in der «Grauzone» (S. 200 u. ö.) zwischen Opfer und Täter habe bewegen müssen. In der Regel verdeutlicht Kathan das Nichteindeutige, Widersprüchliche und Ambivalente im Verhalten Hovorkas und anderer Personen. Zu rigide finde ich hingegen sein Urteil über Funktionshäftlinge als «Mitakteure des Terrorregimes» (S. 87, vgl. S. 200). In der Grauzone zwischen Täter und Opfer befanden sich im Grunde alle Häftlinge, wenngleich in unterschiedlichem Ausmass, und es gab etliche Funktionshäftlinge, die das Terrorregime bewusst und aktiv bekämpften. Kathan schreibt, seine Analysen bauten auf zeitgeschichtlichen Studien auf, die «mit Faktischem» arbeiteten, während er sich «mit Erfahrungen» beschäftigte (S. 55, vgl. S. 9). Diese Konstruktion eines Gegensatzes wundert mich, denn spätestens seit den 1980er Jahren

finden sich zahlreiche Untersuchungen von Historikerinnen und Historikern, die Erfahrungen, Wahrnehmungen, Gefühle, Erinnerungen sowie Interaktionen interpretieren und sich dabei auch sprachlichen Eigenheiten, Widersprüchen, Erinnerungslücken oder Tabus widmen. Kathans Vorgehensweise liefert in dieser Hinsicht aber gewiss Anregungen für zukünftige Arbeiten. Insgesamt liegt ein unbedingt lesens- und empfehlenswertes Buch vor. Nur selten wird man eine ähnlich dichte Quelle wie diese Briefsammlung finden, die derart offen über Denken und Verhalten eines Menschen mit all seinen Widersprüchlichkeiten Auskunft gibt, der – obwohl Gegner des Nationalsozialismus – von den Bedingungen im KZ und in der Wehrmacht geprägt wurde.

Heiko Haumann, Elzach-Yach/Basel

Angela Müller, Indien im Sucher. Fotografien und Bilder von Südasien in der deutschsprachigen Öffentlichkeit, 1920–1980, Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2019, 444 Seiten, 108 Abbildungen und 8 Tafeln.

«Indien im Sucher» positioniert sich als «postkolonial informierte Visual History» (S. 22) in einem Forschungsfeld, das sich mit visuellen (fotografischen) Repräsentationen des kulturell Anderen und deren Rolle im kolonialen Projekt beschäftigt. Müllers Forschung geht aber nicht nur zeitlich darüber hinaus, indem sie sich auf die Periode 1920 bis 1980 konzentriert, also auf das koloniale und postkoloniale, unabhängige Indien, sondern auch, indem sie ihren Blick auf den deutschsprachigen Raum beziehungsweise Deutschland und die Schweiz, richtet, zwei Länder, die in diesem Zeitraum keine Kolonialmächte waren: Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr und die Schweiz nie, obwohl sie in verschiedener Weise in koloniale Projekte und deren postkoloniale Nachwirkungen verwickelt war.

«Davon ausgehend, dass Vorstellungen kolonialer und postkolonialer Verhältnisse wesentlich visuell waren» (S. 12), untersucht Angela Müller «wie Indien im 20. Jahrhundert in fotografischen Veröffentlichungen inszeniert wurde». Sie tut dies anhand verschiedener Fallstudien und konzentriert sich dabei auf «veröffentlichte Fotografien, die in populären Medien publiziert wurden» (S. 15), nämlich «Bildband, Kultur- und Reisezeitschrift sowie illustrierte Zeitschrift» (S. 13).

In sechs Kapiteln führt die Autorin die Leser und Leserinnen aus einer Welt, in der Bilder des fernen Indien noch (fast) ausschliesslich über Printmedien vermittelt wurden und nur wenige Europäer selbst Fernreisen unternehmen konnten, bis in die 1980er Jahre, in denen das bewegte Bild, insbesondere das Fernsehen, zu einem wesentlichen Teil jene einst von den Printmedien besetzte Rolle der Vermittlung und Repräsentation übernommen hatte und immer mehr Menschen es sich leisten konnten, in ferne aussereuropäische Länder zu reisen.

Angela Müller analysiert die Indienberichterstattung in den von ihr ausgewählten Printmedien mit einem wachen Blick auf Konstanten und Veränderungen. Dabei betont sie, dass es sich bei den «Indienbildern», ganz im Sinn einer bestimmten Lesart des Begriffs Re-präsentation, «um spezifische Auseinandersetzungen mit Erscheinungen der europäischen Moderne handelt» (S. 12). Die ersten drei Kapitel sind dem «Wunderland Indien» gewidmet, das Müller im Vergleich verschiedener Medienprodukte – «des Fotobuchs, der Reise- und Kulturzeitschriften und der bürgerlichen Illustrierten mit hoher Auflage» (S. 28) – analysiert. In den Fokus rückt im ersten Kapitel der Zürcher Fotograf und Publizist Martin Hürlimann, der mit seinen Arbeiten für den Indienband in der Bildbandreihe *Orbis Terrarum* und die Zeitschrift *Atlantis* Indien als zeitlosen Sehnsuchtsort

zelebrierte und damit eine Tradition fortsetzte, die schon im 19. Jahrhundert populäre Verbreitung gefunden hatte.

Das zweite Kapitel widmet sich der von Hürlimann herausgegebenen Zeitschrift *Atlantis*, die zwischen 1929 und 1964 erschien. Die Zeitschrift vermittelte vorab ein modernekritisches Verständnis von Kultur, nicht nur der indischen, sondern auch anderer aussereuropäischer Länder, in einem Format und Konzept, das in der «Verbindung von wissenschaftlicher Informiertheit, literarischem Anspruch und Fotografie» (S. 92) im deutschsprachigen Raum ein Novum darstellte.

Das dritte Kapitel zeigt, wie die Indienberichterstattung in den illustrierten Zeitschriften des deutschsprachigen Raums in der Zwischenkriegszeit einen Wandel erlebte. Das Oszillieren zwischen der Konstruktion und der Dekonstruktion des «Wunderlandes Indien» geschah in der Gegenüberstellung der indischen Gesellschaft, die in ihren Traditionen verhaftet schien und der europäischen Gesellschaften, die als modern und liberal imaginiert wurden. Als Beispiele für die Dekadenz einer überkommenen und in ihrer Religiosität und in ihrem Kastendenken erstarrten Welt zieht Müller die Figur des Mahāradjas und des der Welt entsagenden *sadhus* (hinduistischer Asket) heran, als «zu Stereotypen übersteigerte gesellschaftliche Figuren» (S. 159).

Das moderne Indien und politische Realitäten wie der erstarkende indische Nationalismus blieben jedoch nicht gänzlich ausgeblendet, wie die Autorin im folgenden vierten Kapitel darlegt. Die dominanten Motive und unterschiedlichen Interpretationen des indischen antikolonialen Widerstandes in den Bildmedien werden auch hier wieder in ihrer Ambivalenz aufgespürt. Angela Müller zeigt dies am Beispiel der Figur Mahatma Gandis, über den die Berichterstattung in den illustrierten Zeitschriften zwischen Bewunderung und Exotisierung schwankt.

Das fünfte Kapitel untersucht, wie sich nach dem Zweiten Weltkrieg der Fokus vom «Wunderland Indien zum Hungerland Indien» (S. 309) verschiebt und richtet seinen Fokus auf die «Konstruktion von Hunger» (S. 321) sowie die zentrale Rolle, die der Schweizer Fotograf Werner Bischof dabei mit seinen Bildern der Hungersnot im nordindischen Bihar in den Jahren 1950 und 1951 spielte.

Mit dem letzten Kapitel kehrt Angela Müller zurück zum Wunderland Indien, nun als Imaginationsort spiritueller Erfahrungen der in den 1960er Jahren aufblühenden Popkultur. Hier schliesst die Autorin an eine der Grundthesen ihrer Forschung an, dass nämlich der deutliche Wandel der Repräsentation Indiens, der in den 1960er und 1970er Jahren stattfand, die gesellschaftlichen Veränderungen in der Schweiz und Deutschland reflektierte.

Insgesamt legt Angela Müller mit «Indien im Sucher» eine geschickt gegliederte und profund recherchierte Arbeit vor. Wünschenswert wäre vielleicht ein Ausblick auf den englischen und französischen Forschungsstand gewesen, ein Desiderat, das weiterführende Forschungen erfüllen mögen. Der Fülle des Materials geschuldet sind die Quellenanalysen eher zu kurz geraten; man hätte hier eine tiefer gehende Analyse des Bildmaterials erwartet. Trotz dieser Kritikpunkte: ein lesenswertes Buch!

Jürg Schneider, Basel

Marion Schmidt, Anja Werner (Hg.), **Zwischen Fremdbestimmung und Autonomie. Neue Impulse zur Gehörlosengeschichte in Deutschland, Österreich und der Schweiz**, Bielefeld: transcript, 2019, 428 Seiten.

Die Geschichtswissenschaft hat sich bisher kaum für gehörlose Menschen und Menschen mit Hörbehinderung interessiert – zumindest nicht in Europa und kaum in der Schweiz. In den USA haben sich die *Deaf Studies* in den letzten Jahrzehnten dagegen zu einem eigenen Forschungszweig mit stark kulturhistorischer Komponente entwickelt. Das anhaltende Desinteresse hierzulande hat auch damit zu tun, dass die Kultur der Gehörlosen, aber auch gehörlose Forscher*innen (wie generell Forscher*innen mit Behinderungen) an den europäischen Hochschulen noch kaum präsent sind. Nach einigen wenigen Pionierarbeiten haben in jüngster Zeit eine Reihe von Qualifikationsarbeiten an der Universität Basel, ein Aufarbeitungsprojekt des Schweizerischen Gehörlosenbunds sowie ein laufendes Vorhaben im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramm 76 «Fürsorge und Zwang» erste Schritte zur Erforschung der Gehörlosengeschichte der Schweiz unternommen.

Der Sammelband von Marion Schmidt und Anja Werner hat deshalb für den deutschen Sprachraum Pioniercharakter. Er setzt sich zum Ziel, die visuelle, gehörlose Kultur der hörenden Mehrheitsgesellschaft näherzubringen. Als Autor*innen der Beiträge zeichnen teils gehörlose oder hörende Historiker*innen, teils Aktivist*innen und Fachpersonen, die sich in der Gehörlosenbewegung engagieren. Die Beiträge verfolgen alle mehr oder weniger historische Perspektiven. Die Geschichte der Gehörlosen im deutschsprachigen Raum (Deutschland, Österreich, Schweiz), die im Fokus des Bands steht, weist einige Gemeinsamkeiten auf. Dazu gehört eine bis heute stark ausgeprägte Lautsprachtradition, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Sie war dafür verantwortlich, dass die Gebärdensprache über Jahrzehnte hinweg diffamiert und bekämpft wurde. Gehörlose wurden pathologisiert, gezwungen, die Lautsprache zu lernen, und sozial benachteiligt. Ab den 1970er Jahren lässt sich in allen drei Ländern ein Aufbruch der Gehörlosenbewegung beobachten. Die Anerkennung der Gehörlosen als sprachlich-kulturelle Minderheit hat seither erfreuliche Fortschritte gemacht, auch wenn die Ziele längst noch nicht erreicht sind und sich ein Teil der Gehörlosengemeinschaft durch die wachsende Verbreitung von Cochlea-Implantaten in den letzten Jahrzehnten erneut bedroht sieht. Für die (hörenden) Leser*innen ist es wichtig zu wissen, dass Gehörlose und Menschen mit Hörbehinderung keine homogene Gruppe bilden. Einige gebärden, einige benutzen Hörhilfen, immer mehr kommunizieren bilingual. Das Augenmerk des Bandes liegt vornehmlich, wenn auch nicht ausschliesslich, auf gebärdensprachlich kommunizierenden Menschen.

Die substantielle Einleitung der beiden Herausgeberinnen gibt einen fundierten Überblick über das Thema und den aktuellen Forschungsstand im deutschsprachigen Raum (sowie, als Kontrast dazu, einige Ausblicke auf die USA). Die Beiträge, auf die hier nicht alle einzeln eingegangen werden kann, sind in drei Themenblöcke gegliedert. Ein erster Teil beschäftigt sich mit der Perspektive gehörloser Menschen. Dabei geht es einerseits um die Untersuchung von Tagebuchaufzeichnungen und Heimakten, die es erlauben, ansatzweise die Sichtweisen von gehörlosen Menschen zu rekonstruieren, andererseits um die bislang wenig beachtete Praxis des Lippenlesens. Im Zentrum des zweiten Teils stehen verschiedene institutionelle Perspektiven auf Gehörlosigkeit. Ein erster Beitrag beschäftigt sich mit den Debatten um die (Zwang-)Sterilisation von Gehörlosen in der Weimarer Republik und im «Dritten Reich» sowie der Rolle, die die Gehörlosengemeinschaft dabei spielte. Ein Beitrag thematisiert die Ermordung jüdischer Gehörloser im

Holocaust und die sich darauf beziehenden erinnerungspolitischen Debatten der jüngsten Gegenwart. Zwei weitere Beiträge untersuchen die Entwicklung von Gehörlosenorganisationen in der DDR und der Schweiz. Im Zentrum des dritten Teils stehen hörende Perspektiven auf Gehörlose. Ein Beitrag untersucht anhand von Kriminalfällen die Berücksichtigung von Gehörlosigkeit im Recht. Drei weitere Beiträge beleuchten Entwicklungen in der Gehörlosenpädagogik und – am Beispiel von Österreich – die zaghafte Überwindung des Oralismus vor dem Hintergrund der Anti-Diskriminierungsgesetzgebung der Gegenwart. Das Themenpektrum der Beiträge ist somit weit gesteckt. Auch die methodischen Ansätze sind unterschiedlich: Sie reichen von Beiträgen mit gleichstellungspolitischem oder sozialpädagogischem Fokus bis zu klassischen sozialhistorischen Analysen.

Aus Schweizer Sicht sind zwei Beiträge von besonderer Bedeutung, weshalb sie hier eingehender besprochen werden sollen. Der erhellende Beitrag von Vera Blaser und Matthias Ruoss, der an die aktuelle Debatte um fürsorgerische Zwangsmassnahmen anknüpft, beschäftigt sich mit den «Lebenswelten» – de facto eher: den Lebenschancen – von ehemaligen Schüler*innen der Taubstummenschule St. Gallen zwischen 1930 und 1960. Anhand von Zöglingsdossiers zeigen Blaser und Ruoss, dass die berufliche Integration bei der Nachbetreuung der ausgetretenen Schüler*innen durch die Schule ab 1940 ein wachsendes Gewicht bekam. Trotzdem blieben die Berufschancen der jungen Gehörlosen beschränkt. Sie wurden gezielt auf typische Gehörlosenberufe (Textilarbeiterin, Schneider etc.) vorbereitet. Für diejenigen, denen man keine Lehre zutraute, bildeten Hilfsjobs in der Landwirtschaft (Männer) oder Hauswirtschaft (Frauen) ein Auffangbecken. Viele Gehörlose litten im Alltag unter sozialer Isolation – nicht zuletzt, weil die Fürsorger*innen ihren Heiratswünschen skeptisch gegenüberstanden. Vor allem junge Frauen galten als sittlich gefährdet. Wer dennoch heiraten wollte, musste oft eine erbbiologische Vorprüfung über sich ergehen lassen. Brisant sind die Befunde insofern, als die Autorin und der Autor zeigen, dass solche Benachteiligungen und Ausschlussmechanismen zu einem grossen Teil auf die vorurteilsbelastete und wenig flexible Haltung der hörenden Akteur*innen – und nicht etwa auf das eingeschränkte Hörvermögen – zurückzuführen waren. Erstmals zeigt der Beitrag auch anhand von Quellen auf, dass vor allem junge gehörlose Frauen von (Zwang-)Sterilisationen betroffen waren. Ebenfalls zeigt er, dass Zwangseinweisungen in die Psychiatrie im Umgang mit eigensinnigen Gehörlosen lange ein verbreitetes Konfliktlösungsmuster waren.

Der Beitrag von Michael Gebhard, der bereits 1999 ein Standardwerk zur Geschichte der Gehörlosen und Schwerhörigen in der Schweiz vorgelegt hat, beleuchtet anhand des Vereins zur Unterstützung der Gebärdensprache der Gehörlosen (VUGS) den langen Kampf um die Anerkennung der Gebärdensprache. Er behandelt damit einen wichtigen Strang der gehörlosen Emanzipationsbewegung in der Schweiz. Der verstärkte Austausch mit Gehörlosengemeinschaften im Ausland (vor allem in den USA) ab den 1970er Jahren, die sukzessive Verankerung von Gebäuden in Unterricht und Weiterbildung, die Erforschung der Gebärdensprache sowie die politische Mobilisierung der Gehörlosen und die Einflussnahme mittels Resolutionen und Petitionen stellten wichtige Triebkräfte und Etappen auf diesem Weg dar. Der VUGS verstand sich in diesem Kontext als ein Forschungsverein, der massgeblich von Gehörlosen selbst getragen wurde. 1984 lancierte der Verein ein Video-Projekt, mit dem die regionale Vielfalt der Gebärdensprache in der Schweiz aufgezeigt und dokumentiert wurde. Zwischen 2007 und 2012 führte der Verein das Projekt «Gehörlose forschen selbst» durch. Dabei wollte man gehörlose Personen anregen, sich aktiv mit der Geschichte ihrer Gemeinschaft zu beschäftigen. Nachhaltige

Wirkung erzielte der VUGS vor allem über seine Publikationsreihe, die sich an ein linguistisch interessiertes Publikum richtete. 2015 löste sich der Verein auf, wofür Gebhard verschiedene Faktoren verantwortlich macht: finanziell-administrative Schwierigkeiten, Probleme bei der Rekrutierung interessierter Gehörloser sowie die wachsende Distanz des Wissenschaftsvereins von der gehörlosen Basis.

Die Vielfalt der Zugänge und der persönlichen und wissenschaftlichen Hintergründe der Autor*innen ist ein grosses Qualitätsmerkmal des Sammelbandes von Marion Schmidt und Anja Werner. Der Umstand, dass einzelne Beiträge etwas faktenlastig sind und argumentative Schwächen aufweisen, schmälert den Wert des Buches kaum. Der Band bietet eine gute Basis, um die vielschichtige und wechselvolle Geschichte der Gehörlosen im deutschsprachigen Raum jenseits von linearen und pauschalen Unterdrückungs- oder Erfolgsnarrativen weiter zu erforschen. Eine Frage, die die beiden Herausgeberinnen in der Einleitung ansprechen (und letztlich offenlassen), wird dabei zentral sein: Betreibt man die Erforschung der Geschichte gehörloser Menschen als Teil einer «inkludierenden Geschichtsschreibung», oder aber geht es um das Schreiben einer «Gehörlosengeschichte», also einer *histoire à part* einer kulturellen Minderheit? Die meisten Beiträge des Bandes geben darauf eigentlich eine eindeutige Antwort: die Geschichte der Gehörlosen und ihrer Kultur war – gerade wegen des problematischen Oralismus der hörenden Mehrheitsgesellschaft – Teil des fundamentalen Wandels, den die europäischen Rechts- und Sozialstaaten in den letzten 200 Jahren durchlaufen haben.

Urs Germann, Bern

Gisela Huerlimann, W. Elliot Brownlee, Eisaku Ide (Hg.), ***Worlds of Taxation. The Political Economy of Taxing, Spending, and Redistribution since 1945***, Cham: Palgrave Macmillan, 2018 (Palgrave Studies in the History of Finance), 357 pages, 20 illustrations.

Ce recueil d'articles porte sur l'histoire de la fiscalité internationale après la Deuxième Guerre mondiale et vient compléter la collection de la maison d'édition Palgrave Macmillan consacrée à l'étude pluridisciplinaire de l'histoire financière. Aux origines de cet ouvrage collectif se trouvent trois colloques organisés aux États-Unis et au Japon entre 2014 et 2015, auxquels ont participé douze des treize autrices et auteurs de l'ouvrage.

Si l'on dispose de nombreuses études sur l'histoire fiscale des principaux pays économiquement développés jusqu'à la Deuxième Guerre mondiale, force est de constater que la seconde partie du XX^e siècle est moins bien connue. *Worlds of Taxation* s'insère donc avantageusement dans le champ historiographique. Du point de vue théorique, l'ouvrage collectif s'inscrit dans le renouveau que connaît ce champ d'études depuis le milieu des années 1990, au croisement de l'histoire économique, financière et sociale et de la sociologie financière, avec une forte dimension comparative. Les apports du courant institutionnaliste de la sociologie politique sont généralement combinés avec la dimension sociale et culturelle, par exemple avec le degré de consentement à l'impôt. Le propos historique qualitatif est accompagné de pondérations quantitatives. Un accent particulier est mis sur le niveau de redistribution des systèmes fiscaux analysés. Certaines contributions intègrent également dans leur analyse le dispositif de protection sociale du pays considéré. Les treize contributions couvrent les États et les périodes suivantes: États-Unis (1900–2000), France (1945–1980), Japon (1945–2017), Suisse (1916–1963), Danemark (1900–2000), Suède (1940–1970), Espagne (1976–1982) et Grèce (1955–1989).

À la lecture de ces différents cas d'études, trois tendances communes se dégagent que j'aimerais résumer ici. J'évoquerai ensuite la deuxième contribution qui présente un caractère singulier, puisqu'elle propose un modèle explicatif d'ensemble. Enfin, je discuterai la façon dont deux variables explicatives sont convoquées, celles de la soustraction fiscale et de l'opinion publique.

La première tendance qui se dégage est la suivante: la Seconde Guerre mondiale induit un mouvement rapide vers une forte progressivité et les décennies suivantes sont marquées par un mouvement en sens contraire. Aux États-Unis et au Danemark, les taux marginaux maximums montent à 90 %, puis sont progressivement réduits durant les décennies qui suivent la guerre (A. Hertel-Fernandez, C. J. Martin, pp. 32, 34; W. E. Brownlee, pp. 159–173; S. Mozumi, pp. 190–206). Cette tendance se dégage également dans le cas suisse, avec la contribution de G. Hürlimann qui propose une synthèse de la fiscalité directe à l'échelon de la Confédération depuis 1916 et apporte de nouveaux éléments, notamment pour la fin de la période traitée, moins bien connue (pp. 270–290).

Une deuxième tendance que l'on peut relever a trait à la fiscalité indirecte et plus particulièrement aux raisons de l'introduction de nouveaux impôts sur la consommation en Suède et au Danemark à la fin des années 1950 et durant les années 1960. En Suède, une *sales tax* est introduite en 1959. Cette fonction est ensuite progressivement renforcée au détriment de l'impôt sur le revenu, puis remplacée, en 1969, par un modèle plus avantageux pour les entreprises: la TVA. G. Lantz souligne que ces réformes correspondent à la fois à la volonté des dirigeants sociaux-démocrates de financer les dépenses sociales et à la volonté des conservateurs de déplacer la charge fiscale vers les taxes indirectes (pp. 59–64). Au Danemark, une TVA est introduite en 1967. En combinant les trois contributions traitant de ce pays, on peut émettre l'hypothèse qu'en contrepartie de la TVA, deux autres dispositions ont été décidées au même moment: la réduction de l'impôt sur les bas revenus et l'imposition des revenus à la source (A. Hertel-Fernandez, C. J. Martin, p. 34; I. W. Martin, p. 87; S. Kurachi, p. 103). Ces éléments invitent à des recherches complémentaires, par exemple pour tenter de mesurer plus finement, dans ces deux pays, les ressorts des compromis politiques qui ont permis l'introduction de la TVA. Un premier aspect à éclairer serait peut-être l'évaluation de l'ampleur des déductions accordées aux bas revenus en les rapportant à l'inflation.

Ce dernier aspect m'amène à la troisième tendance que j'aimerais souligner: l'augmentation de la charge fiscale des bas revenus durant la seconde partie du XX^e siècle. Cette dimension est relevée dans plusieurs contributions. Elle est due avant tout au fait que les barèmes d'imposition ne sont pas, ou seulement insuffisamment, adaptés à l'inflation. Cela a pour conséquence que pour un même revenu à parité de pouvoir d'achat, la charge fiscale augmente (progression à froid). Cette évolution peut alimenter un mécontentement vis-à-vis de la fiscalité. Dans certains cas, cette colère est instrumentalisée par les forces politiques représentant le patronat pour défendre des abattements fiscaux beaucoup plus larges. Un mécanisme de ce type est décrit dans les contributions traitant des États-Unis (W. E. Brownlee, p. 159) et de la Suisse (G. Hürlimann, pp. 278–281, 287–288). On peut imaginer qu'une logique similaire est aussi à l'œuvre avec le *Progress Party*, fondé en 1972 au Danemark et dont le but est la suppression de l'impôt sur le revenu (S. Kurachi, pp. 103–107).

J'en viens à la contribution écrite par A. Hertel-Fernandez et C. J. Martin, qui propose un modèle explicatif de l'évolution des systèmes fiscaux nationaux pour le XX^e siècle (pp. 17–48). Leur modèle ramène l'explication des systèmes fiscaux nationaux,

classés en deux grandes catégories, au degré d'institutionnalisation des relations entre les acteurs économiques et politiques dont les intérêts sont antagonistes. Cette contribution ambitieuse représente à mon sens une stimulante incitation à mener de nouvelles études de cas approfondies qui permettraient peut-être de valider le modèle proposé ou éventuellement d'y apporter certaines nuances.

Finalement, j'aimerais discuter de l'utilisation de deux variables explicatives mobilisées dans plusieurs contributions: la soustraction fiscale et l'opinion publique. La moitié des contributions de l'ouvrage évoque la soustraction fiscale et rappelle l'importance de sa prise en compte. Par contre, les estimations concernant son ampleur restent rares. Pourtant, lorsqu'une telle estimation est donnée, on comprend immédiatement l'intérêt de mieux la documenter: la contribution traitant du cas français indique qu'elle se situe en 1952 à 20–25 % des impôts sur le revenu perçus (F. M. B. Lynch, p. 136). La seconde variable est mobilisée dans plusieurs contributions à travers l'utilisation de sondages d'opinion, dans le but de donner un indice de l'avis de la population sur la fiscalité. Il aurait toutefois pu être intéressant de discuter des limites de ces sondages et peut-être de fournir quelques indications sur les instituts à leur origine, s'ils ont été réalisés sur commande et, dans un tel cas, quels en sont les commanditaires.

L'ouvrage collectif *Worlds of Taxation* représente une contribution incontournable pour qui s'intéresse à l'histoire de la fiscalité internationale après la Seconde Guerre mondiale. Ce livre contient également d'utiles indications relatives à l'histoire des inégalités et même aux systèmes de protection sociale. Finalement, il ouvre de stimulantes pistes de recherches et appelle à la réalisation de nouvelles études de cas approfondies.

Vivien Ballenegger, Lausanne

Sacha Zala (Hg.), *Diplomatische Dokumente der Schweiz*, Band 26 (1.1.1973–31.12.1975), Zürich: Chronos Verlag, 2018, LXXVI und 582 Seiten.

Die erste Hälfte der 1970er Jahre war eine Phase forcierten und nachhaltigen Wandels in der Weltpolitik und in Europa, was heute im Rückblick auf die Ölkrise 1973 etwa mit dem «Schock des Globalen» und dem «Ende des Booms» umschrieben wird. Diese Jahre waren zugleich aber auch die Hochphase der Entspannungspolitik zwischen Ost und West und eine Epoche des gefühlten internationalen Aufbruchs, was auf der Ebene der Supermächte mit den Besuchen von US-Präsident Nixon in Moskau und Peking, dem Ende der US-Beteiligung am Vietnamkrieg und der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki zum Ausdruck kam.

Das Bild vom aussenpolitischen Wandel trifft auf der Mikroebene auch auf die Eidgenossenschaft zu. In den frühen 1970er Jahren vollzog sich ein partieller Wandel von der strikten Neutralitätspolitik im Sinne der «geistigen Landesverteidigung» hin zum «Aufbruch der Schweiz in die multilaterale Welt» (Elisabeth R. Glas).

Unumstritten war eine aktiverere Aussenpolitik jedoch beileibe nicht. Ein Schlüsseldokument im hier anzugebenden Band 26 der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* ist in diesem Kontext ein Beschlussprotokoll des Bundesrates vom 16. Mai 1973, in dem es um die Auslandsreisen der Bundesräte geht – ein Thema, welches sich durch die DDS-Bände zieht und eine eigene Untersuchung wert wäre, kristallisiert sich in dieser Frage doch der Umfang des schweizerischen diplomatischen (Nicht-)Engagements heraus. Nach wiederholter Pressekritik an der Häufigkeit der Auslandsreisen hatte die Bundeskanzlei eine Beschlussvorlage erstellt, nach der die Bundesräte für bilaterale Besuchsreisen jeweils vor-

ab einen Antrag einreichen sollten. Bundesrat Hans Peter Tschudi befürwortete diese Massnahme, zugleich kritisierte er, das negative Medienecho zeige, «dass offenbar weite Kreise noch der Meinung sind, die Bundesräte sollten nicht ins Ausland reisen». Das sei «ein Ausdruck der Kleinlichkeit, der noch weit verbreitet ist» (Dok. 19, S. 63). Während sein Bundesratskollege Rudolf Gnägi Verständnis für die öffentliche Kritik äusserte und für mehr Zurückhaltung plädierte, erklärte Aussenminister Pierre Grabe, er sei zwar ebenfalls «einverstanden mit dem Gebot zur Zurückhaltung», jedoch liessen sich «diese Auslandsreisen nicht in irgendwelchen Richtlinien einfangen lassen» (Dok. 19, S. 64). Mit dem vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Antragsverfahren sei er hingegen einverstanden. Wie in einem Brennglas spiegelt das Dokument das Spannungsfeld zwischen «Selbstbezogenheit und Offenheit» (Tobias Kaestli) des Landes wider.

Freilich hatte auch die Schweizer Bevölkerung bereits erfahren müssen, dass die Neutralität sie nicht immer vor den Abgründen der internationalen Entwicklungen zu schützen vermochte. Diese traten seit Ende der 1960er Jahre vor allem im internationalen (palästinensisch-arabischen) Terrorismus zutage: mit dem Bodenangriff auf eine El Al-Maschine am Flughafen Zürich-Kloten, dem durch eine Bombe herbeigeführten Absturz einer Swissair-Maschine in Würenlingen und der Entführung einer Swissair-Maschine ins jordanische Zerqa. Ignorieren liessen sich die Palästinenser als Faktor der Nahost-Politik nicht, wie auch der Besuch Bundesrat Grabers in Ägypten im Mai 1973 zeigte. Vor den Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats führte er aus, es müsse längerfristig auf ein Nebeneinander von Palästinensern und Israelis hinauslaufen. Die schweizerische Neutralität, so Gruber, «impose au Gouvernement [...] une attitude d'extrême réserve et discréption» (Dok. 14, S. 48). Gerade im Sinne der Neutralitätspolitik erschien es sinnvoll, den Palästinensern eine niedrigrangige Repräsentanz am UNO-Standort Genf zuzubilligen. Bei einem Gesprächstermin im EPD äusserte sich ein Vertreter der Fatah erfreut, dass die Schweiz es ermöglicht habe, einen palästinensischen Vertreter «mit der Tarnkappe ‹membre de la mission du Yémen› in Genf unterzubringen» (Dok. 23, S. 76). Der Forderung nach einer weiteren Aufwertung der palästinensischen Repräsentation in Genf verschloss sich die Schweiz noch bis 1975, als die UNO ihrerseits der PLO einen Beobachterstatus zubilligte. Allerdings stellte das EPD in einem Gespräch mit dem Vertreter der PLO in Genf, Barakat, im November 1975 klar, dass diese Zulassung nur auf die multilaterale Ebene in Genf und nicht auf das bilaterale Verhältnis zur Schweiz bezogen sei. Barakat führte zugunsten seiner Organisation ins Feld, dass «die PLO verschiedentlich palästinensische Splittergruppen von Attentaten, die in oder gegen die Schweiz geplant gewesen seien, [habe] abhalten können unter Verweis auf das jetzige gute Verhältnis zur Schweiz» (Dok. 187, S. 498). Ob es ein «Stillhalteabkommen» zwischen der PLO und Bundesrat Gruber gab beziehungsweise «eine Art Schutzgeld an die Palästinenser bezahlt» wurde,¹⁰ ist in den letzten Jahren kontrovers diskutiert worden. Marcel Gyrs These ist aufgrund des monokausalen Erklärungsansatzes und fehlender Aktenbelege eher unwahrscheinlich.¹¹ In diesem Sinne urteilte im Frühjahr 2016 auch eine Arbeitsgruppe des Bundes. Wie Dokument 187 nahelegt, brauchte es gar kein Abkommen, um zu einer vorsichtigen Annäherung zu gelangen.

¹⁰ Marcel Gyr, Schweizer Terrorjahre. Das geheime Abkommen mit der PLO, Zürich 2016, S. 11.

¹¹ Vgl. Sacha Zala, Thomas Bürgisser, Yves Steiner, Die Debatte zu einem «geheimen Abkommen» zwischen Bundesrat Gruber und der PLO. Eine Zwischenbilanz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 66/1 (2016), S. 1–24.

Auch in der Phase der Détente «blieb der Kalte Krieg prägend» (Einleitung, S. XXXVIII). Neuen Aktivismus entwickelte die Berner Diplomatie im Rahmen ihres Engagements an der KSZE. Ihre konstruktive Rolle bei den Vorverhandlungen in Finnland hatte zur Konsequenz, dass Genf zum Tagungsort der KSZE-Verhandlungen bestimmt wurde, die von Herbst 1973 bis Sommer 1975 stattfanden. In einem Zwischenbericht vom August 1973 wurde die Rolle der Schweiz doppelt definiert: einerseits in der traditionellen Rolle als neutraler Vermittler zwischen Ost und West im Sinne der «guten Dienste», andererseits aber auch als «État participant soucieux de faire valoir sa conception de la CSCE» (Dok. 32, S. 102). In der Folge trat die Schweiz auch mit eigenen Vorschlägen hervor. Im Mittelpunkt stand dabei die Etablierung eines Verfahrens zur friedlichen Streitbeilegung. In den Genfer Verhandlungen rückte die Frage ins Zentrum, ob die Auslösung des Schlichtungsverfahrens verpflichtend (obligatorisch) sein sollte, wogegen sich die Supermächte USA und UdSSR wehrten. Bei einer internen Sitzung des EPD zur KSZE im Januar 1974 stellte der Rechtsberater und Delegationsleiter der Schweiz in Genf, Rudolf Bindschedler, allerdings klar, «[e]in Aufgeben des Obligatoriums würde das ganze Projekt sinnlos machen» (Dok. 57, S. 176). Als Kompromiss wurde in Genf ein Expertentreffen zur friedlichen Streiterledigung vereinbart. Am 1. August 1975 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten die KSZE-Schlussakte. Die aus diesem Anlass von Bundespräsident Graber in Helsinki gehaltene, abgewogene und realistische Einschätzung des Entspannungsprozesses ist in Gänze abgedruckt (Dok. 158, S. 430–434).

Die Annotationen sind recht kurz gehalten und beschränken sich zumeist auf Verweise auf andere Dokumente und beteiligte Personen. Insgesamt bieten die DDS ein spannendes Panorama der helvetischen Diplomatie. Hervorzuheben ist noch ein Dokument vom Februar 1974, in dem von einer Arbeitsgruppe die mögliche zukünftige Edition von Akten zur Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik diskutiert wurde. Die in einer internen Notiz des EPD geäusserte Ansicht, wonach das Projekt wohl «mit einem Leerlauf enden» (Dok. 65, S. 197, Anm. 1) werde, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt, wie Band 26 der DDS eindrücklich belegt.

Philip Rosin, Potsdam

Gábor Andreides, Egy megbízható elvtárs. Száll József útja az MKP-tól a P2-ig [Ein vertrauenswürdiger Genosse. József Szálls Weg von der ungarischen kommunistischen Partei zur Loge P2], Budapest: Nemzeti Emlékezet Bizottsága, 2019, 334 Seiten.

Am 4. Oktober 1970 verliess die Familie Száll in einem Diplomatenwagen Ungarn in Richtung Slowakei. Die Familie reiste über Wien und auf verschlungenen Wegen nach Rom weiter, wo József Száll zuvor über acht Jahre als Geschäftsträger und dann als Botschafter die Geschicke der ungarischen Botschaft geleitet hatte. Er war ein hochrangiger Beamter des Aussenministeriums gewesen – seine Emigration schlug daher in West und Ost hohe Wellen.

Száll hatte seine diplomatische Karriere als 25-Jähriger nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen. Seinen ersten Auslandeinsatz leistete er ab 1946 an der ungarischen Gesandtschaft in Bern, wo er im Auftrag des Parteivorsitzenden Mátyás Rákosi gute Beziehungen zu Schweizer Kommunisten aufbauen sollte. Seine Hauptaufgabe war jedoch, den Botschafter Ferenc Gordon zu beschatten, der der Partei der kleinen Landwirte, der damals stärksten Partei Ungarns, angehörte. Gordon hatte Zugang zu einer geheimen Kasse, die noch während des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz angelegt worden

war, um einen Sonderfrieden Ungarns vorzubereiten – was aber schon in einer frühen Phase misslang. Auf Szálls Betreiben verlor Gordon sowohl den Zugang zur Kasse als auch sein Amt. Száll war auch zugegen, als der amtierende Ministerpräsident Ferenc Nagy während eines Aufenthalts in der Schweiz zur Abdankung gezwungen wurde. Er begleitete Nagy zur österreichischen Grenze, wo dieser als Gegenleistung für sein Abdankungsschreiben seinen minderjährigen Sohn in Empfang nehmen konnte. Auch im Zusammenhang mit der Spionageaffäre um László Tarr, der beschuldigt wurde, ungarische Landsleute in der Schweiz für den ungarischen Nachrichtendienst ausspioniert zu haben, wurde vermutet, dass Száll der Kontaktmann war. Es war daher kein Wunder, dass dieser von den Schweizer Behörden scharf beobachtet wurde.

1950 kehrte er zur Erleichterung der Schweizer Behörden nach Ungarn zurück, wo er zunächst weiter für Rákosi arbeitete. Seine Karriere setzte er bald in Peking fort, von wo aus er sich während des Aufstands 1956 nach Tokio für Verhandlungen absetzte und sich erst wieder in Peking blicken liess, als der Aufstand bereits niedergeschlagen war. Nach Stationen bei der UNESCO in Paris und der Botschaft in Jakarta erreichte er 1962 mit der Ernennung zum Botschafter in Rom seinen Karrierehöhepunkt. Er kümmerte sich wenig um Anweisungen aus Budapest und brachte die ungarische Regierung immer wieder in Verlegenheit, besonders indem er Beziehungen zum Heiligen Stuhl aufbaute oder den Einmarsch Ungarns in der Tschechoslowakei zur Niederschlagung des Prager Frühlings verurteilte. Nach seiner Rückkehr nach Budapest 1970 wurde er persönlicher Berater des Außenministers. Jedoch brachte ihn ein Bericht von Radio Freies Europa über seine dubiosen Geschäftsbeziehungen in Italien in Misskredit. Dies bewog ihn, das Land zu verlassen. Zuerst hielt er sich in Wien auf, reiste darauf für einige Monate in die USA und versuchte sich danach in Bern niederzulassen – was an der Forderung des Schweizer Nachrichtendienstes scheiterte, detailliert Auskunft über seine Tätigkeiten in der ungarischen Botschaft in Bern 1948–1950 zu geben. Száll zog weiter nach Monaco und erhielt schliesslich in Italien Asyl. Dort behielten ihn sowohl der italienische als auch der ungarische Nachrichtendienst im Auge. In Abwesenheit wurde er 1973 wegen Landesverrats in Ungarn zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein Name tauchte in Italien erst 1981 wieder während des Skandals um die antikommunistische Geheimloge P2 (*Propaganda Due*) auf. Der Geheimloge gehörten Vertreter aller wichtigen Organisationen und der amtierenden Regierung an. Einer beschlagnahmten Mitgliederliste zufolge soll Száll für die Firma Montedison gearbeitet haben, die gemäss dem ungarischen Geheimdienst eine Tarnfirma mit geheimdienstlichen Aktivitäten gegen Osteuropa war. Obwohl Száll erst 1975 der Loge beitrat, ist es wahrscheinlich, dass er bereits während seiner Zeit als Botschafter Kontakte zur P2 gehabt hatte. Nach 1989 wurde er in Ungarn rehabilitiert und kehrte schliesslich nach Budapest zurück, wo er 2004 verstarb.

Das anzuseigende Buch ist im Rahmen eines Forschungsschwerpunkts des Nationalen Erinnerungskomitees entstanden, dessen Arbeitsgruppe für Außenpolitik seit 2014 systematisch die Geschichte des ungarischen Außenministeriums von 1945 bis 1990 untersucht. Aus diesem Forschungsprogramm ist bereits eine Reihe von Studien hervorgegangen. Einige beleuchten auch die Rolle der Schweiz während des Kalten Krieges von ungewohnter Seite. Die gegenseitige Hilfe beim Auffinden und Interpretieren der Quellen über die Landesgrenzen hinweg zeichnen diese Studien aus und ermöglichen, wie im vorliegenden Band, den multiarchivischen Zugang. Andreides, dessen Lebensmittelpunkt in Budapest und in Rom liegt, stellt insbesondere bei der Behandlung der italienischen Episoden in Szálls Leben seine grosse Expertise in der Untersuchung der ungarisch-italieni-

schen Beziehungen unter Beweis. Doch zeigen sich auch die Grenzen eines solchen Unterfangens, dann etwa, wenn – wie der Autor selbst beteuert – selbst jahrelange Forschungsarbeit es nicht vermag, Licht auf alle Aspekte von Szálls Leben zu werfen. Száll galt zu Lebzeiten als geheimnisumwitterter Mann. Andreides gelingt es in seinem Buch, einige dieser Geheimnisse zu lüften. Nebenbei reichert er das Wissen über die Schweiz als Drehscheibe der Diplomatie und der Nachrichtendienste in einer frühen Phase des Kalten Krieges an.

David Tréfás, Basel

Andreas Bürgi, Urwelten und Irrwege. Eine Geschichte des Luzerner Gletschergarten und der Gründerfamilie Amrein, 1873–2018, Zürich: Chronos Verlag, 2018, 212 Seiten, 26 Abbildungen s/w, 67 Farabbildungen.

Eiszeitliche Gletschertöpfe, eine SAC-Hütte, das Skelett eines Höhlenbären, Biedermeiermöbel, Pfahlbauer, ein Wildkirchlein, das Relief der Gotthardbahn und ein Spiegel-labyrinth: Als 1872 Josef Wilhelm Amrein-Troller am Luzerner Stadtrand Grabungen beauftragte, war seine Idee, noch Kellereien für den neu gegründeten Weinhandel einzurichten. Als die Sprengmeister auf Überreste der eiszeitlichen Vergangenheit stiessen, liess Amrein-Troller aber den Weinhandel sein und wechselte ins Ausstellungsgewerbe. Profitierte der Gletschergarten bis zum Ersten Weltkrieg noch vom Boom des Fremdenverkehrs in Luzern, mussten später periodisch neue Antworten auf veränderte Reisegewohnheiten und Publikumsbedürfnisse gefunden werden. Nach und nach wurden die erdgeschichtlichen Zeugnisse mit allerlei Elementen ergänzt – und eines der kuriosesten Museen der Schweiz entstand. Mit über 600'000 Eintritten pro Jahr zählt der Gletschergarten heute zu den meistfrequentierten Museen der Schweiz.

Den Wandel der Organisationsstruktur und der inhaltlichen Ausrichtung des Gletschergarten zu beschreiben sowie diesen in politische, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen zu verorten, ist das Ziel dieses Buchs des Literaturhistorikers Andreas Bürgi. Es basiert auf Recherchen eines Nationalfondsprojekts zur Erforschung der touristischen Entwicklung rund um den Luzerner Löwenplatz – der mit dem Löwendenkmal, dem Bourbaki-Panorama, dem Alpineum und dem Gletschergarten bereits 1900 touristischer Hotspot der Stadt war. Im Rahmen des Projekts wurde auch das Archiv des Gletschergarten systematisch erforscht. *Urwelten und Irrwege* entstand schliesslich als Auftrag der Stiftung Gletschergarten; Stiftung sowie Erben der Gründerfamilie des Museums unterstützten das Buch finanziell.

Erzählt ist die Geschichte des Gletschergarten chronologisch seit den Anfängen 1873 bis heute und gegliedert in acht Kapitel. Sie manifestiert sich als faszinierender Mobilisierungs- und Vernetzungsprozess und stetes Aushandeln zwischen Wissenschaft und Unterhaltung. Den Forschungs-Tourismus-Komplex bildet bereits der Institutionsname ab: Während *Gletscher* gängigerweise als dem Menschen feindliche Eiswüste imaginär wurde, kombinierten die geschickten Museumsgründer den Begriff mit *Garten*, was als Einladung funktionierte. Der Gletschergarten vermochte denn auch, zahlungskräftige Touristen anzulocken wie auch das Interesse fachlicher Autoritäten aus ganz Europa zu wecken. Für beide Publika war der Gletschergarten Fenster in das Faszinosum Urzeit. Er knüpfte an den Erfolg der Publikationen *Die Urwelt der Schweiz* und *Flora fossilis arctica* des Paläontologen Oswald Heer an. Die am Luzerner Stadtrand gefundenen Gletschertöpfe waren ein weiteres Indiz einer Eiszeit ohne Mensch und somit eine Relativierung der biblischen Schöpfungsgeschichte.

Eine kolonialgeschichtliche Perspektive hätte hier das Faszinosum Urzeit noch weiter einordnen können. So war das Interesse an der Urgeschichte auch motiviert von Vorstellungen über den vermeintlichen Urzustand von «Naturvölkern» in den Kolonien. Auch der Gletschergarten zeigte die *Welt als Ausstellung*, wie Timothy Mitchell die Anordnungswut dieser von der kolonialen Erschliessung geprägten Zeit beschreibt.¹² Dass der Gletschergarten die Schaulust an der erdgeschichtlichen Vergangenheit und der kolonialen Fremde verschränkte, zeigte sich nicht zuletzt im Ankauf eines neuen Elements für den Ausstellungspark, dem «Orient-Labyrinth» mit der Wachsfigurengruppe Sklave, Beduine und Opiumraucher.

Die Geschichte des Gletschergartens ist eng mit der Gründerfamilie Amrein verwoben. Und diese war, so zeigt das Buch, geprägt von starken Frauen: Marie Amrein-Troller war in einer Zeit erfolgreiche und durchsetzungsstarke Unternehmerin, als die Überreste der Vormundschaft für verwitwete Frauen gerade erst abgeschafft worden waren. Mathilde Amrein folgte ihr als langjährige Geschäftsführerin. Margrit Schifferli-Amrein war erste Geschichtsschreiberin des Gletschergartens und archivierte die Materialien – ihr ist das Buch gewidmet. Nicht zuletzt beleuchtet das Buch Angestellte des Museums wie Louise Hegi, die – viersprachig – nahezu universell einsetzbar war und als Sekretärin, Führerin und Kassiererin arbeitete. Das Buch bietet somit nicht nur faszinierende Einblicke in Dynamiken einer Bürgertumsfamilie, sondern portiert Frauen als Akteurinnen einer Schweizer Unternehmensgeschichte.

Das Buch besticht durch den Quellenkorpus. Stadt- und Staatsarchive, die Archive von SBB und SRF, das Archiv des Pfahlbaumuseums, Zeitungsarchive, zahlreiche Interviews und das Archiv Gletschergarten wurden ausgewertet. Letzteres ist das Archiv einer Institution, die ihre Geschichte sorgfältig dokumentiert hat: Ihr Bauarchiv dokumentiert Projekte, Pläne, Eingaben, Verträge, juristische Klärungen. Das Betriebsarchiv führt die praktisch lückenlose Buchhaltung seit 1873, Korrespondenzen, Tagebücher, Sitzungsprotokolle, Werbung, Führer, Medaillen und Reaktionen der Öffentlichkeit. Das Archiv über die Sonderausstellungen versammelt Material zu den 1969 eingeführten jährlichen Sonderausstellungen. Das Bildarchiv schliesslich dokumentiert die Entwicklung des Gletschergartens mit Fotos, Postkarten, Eintrittsbillets, Plakaten oder früher verwendeten Erläuterungstafeln. Knapp hundert Abbildungen aus diesem Quellenfundus illustrieren das Buch.

Urwelten und Irrwege ist anschaulich geschrieben und aus einem Guss erzählt. Jedes Kapitel endet mit einem Cliffhanger, der zum Weiterlesen anregt. Der Autor verzichtet im Lauftext auf konzeptionelle Überlegungen und Hinweise auf Forschungsdebatten, was je nach Lesepublikum unterschiedlich beurteilt werden mag. Als Auftragsarbeit beginnt die Arbeit mit einem Vorwort der Stiftungspräsidentin und des Museumsdirektors. Eine Einleitung und ein Schlusswort des Autors fehlen. Doch auch für eine breitere Leserschaft wäre ein solches Resümee zu begrüssen gewesen. So bleibt es Aufgabe des Lesepublikums, die packenden Kapitelerzählungen zu resümieren und zentrale Stränge und Argumente herauszudestillieren. Dieser Einwand schmälert den Genuss der Lektüre, der ein reichhaltiges Stück Unternehmens-, Frauen- und Familiengeschichte bietet, allerdings nur wenig.

Lea Pfäffli, Luzern

¹² Timothy Mitchell, Die Welt als Ausstellung, in: Sebastian Conrad, Shalini Randeria, Regina Römhild (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a.M. 2013, S. 438–466.